

Sitzungsunterlagen

Sitzung des Rates der Stadt
Bergisch Gladbach
14.12.2021

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Einladung	5
Anlage 1 zur Einladung: Hinweise für die Sitzungen des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in einer epidemischen Lage als Anlage zur Sitzungseinladung	13
Anlage 2 zur Einladung: Anlage zur Tagesordnung (ö.T.)	15

Vorlagendokumente

TOP Ö 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 05.10.2021 - öffentlicher Teil	
Mitteilungsvorlage 0728/2021	23
TOP Ö 7 Stellenplanvorlage 2022	
Anlage 1: Stellungnahme des Personalrates 0694/2021	27
Anlage 10: Stellungnahme Personalsituation FB 5 II 0694/2021	33
TOP Ö 8 Einwohnerfragestunde	
Mitteilungsvorlage 0589/2021	41
TOP Ö 34 Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates SEB AöR	
Beschlussvorlage 0784/2021	43
TOP Ö 35 Mitgliedschaft der Stadt Bergisch Gladbach im "Verband kommunaler Immobilien- und Gebäudewirtschaftsunternehmen e.V." (VKIG)	
Beschlussvorlage 0771/2021	45
TOP Ö 36.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 22.11.2021 (eingegangen am 22.11.2021) zur Umbesetzung in Ausschüssen	
Antrag 0780/2021	47
Anlage 1: Schreiben der SPD-Fraktion 0780/2021	51
TOP Ö 36.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 23.11.2021 (eingegangen am 23.11.2021) zur Umbesetzung in Ausschüssen	
Antrag 0781/2021	53
Anlage 1: Schreiben der CDU-Fraktion 0781/2021	57
TOP Ö 36.3 Antrag der AfD-Fraktion vom 30.11.2021 (eingegangen am 30.11.2021) zur Umbesetzung in Ausschüssen	
Antrag 0792/2021	59
Anlage 1: Schreiben der AfD-Fraktion 0792/2021	63
TOP Ö 36.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 30.11.2021 (eingegangen am 30.11.2021) zur Umbesetzung in Ausschüssen	
Antrag 0791/2021	65
Anlage 1: Schreiben der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN 0791/2021	69
TOP Ö 37.3 Antrag der CDU-Fraktion vom 14.11.2021 (eingegangen am 14.11.2021): "Einrichtung eines 'Zanders-Ausschusses'"	
Antrag 0755/2021	77
Anlage 1: Schreiben der CDU-Fraktion 0755/2021	81
TOP Ö 38.1.1 Schriftliche Anfrage der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 08.11.2021 (eingegangen am 09.11.2021): "Abriss und Neubau Schwimmbad Mohnweg"	
Anfrage 0758/2021	83
Anlage 1: Schreiben der Fraktion BÜRGERPARTEI GL 0758/2021	85
TOP Ö 38.1.2 Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.11.2021 (eingegangen am 14.11.2021): "Einschätzung der Klimaauswirkungen bei städtischen Projekten und entsprechenden Anträgen"	

Anfrage 0756/2021	87
Anlage 1: Schreiben der CDU-Fraktion 0756/2021	89
TOP Ö 38.1.3 Schriftliche Anfrage des Mitgliedes des Rates Herrn Steinbüchel vom 21.11.2021 (eingegangen am 21.11.2021): "OGS-Erweiterung in Katterbach und Schildgen"	
Anfrage 0773/2021	91
Anlage 1: E-Mail Herrn Steinbüchels 0773/2021	95
TOP Ö 38.1.4 Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.11.2021 (eingegangen am 27.11.2021): "Status Einbau der Luftfilter in den Schulen und Corona-Teststrategie an Schulen"	
Anfrage 0790/2021	97
Anlage 1: Schreiben der CDU-Fraktion 0790/2021	101

Stadt Bergisch Gladbach

Datum

01.12.2021

Ausschussbetreuender Fachbereich

Ratsbüro

Sachbearbeitung

Christian Ruhe

Telefon-Nr.

02202-142245

Tag und Beginn der Sitzung

Dienstag, 14.12.2021, 17:00 Uhr

Einladung

zur 5. Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der zehnten Wahlperiode

Sitzungsort

Theatersaal im Bürgerhaus Bergischer Löwe, Konrad-Adenauer-Platz, 51465 Bergisch Gladbach

Sollten Sie an der Sitzung nicht teilnehmen können, verständigen Sie bitte Herrn Ruhe, Tel. 02202-142245

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 05.10.2021 - öffentlicher Teil
Vorlage: 0728/2021**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Verlängerung des Gleichstellungsplans 2017-2021
Vorlage: 0630/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Frau Satler als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann
Herr Bürgermeister Stein als Vorsitzender des Hauptausschusses**
- 6 Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen**
 - 6.1 Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk“ für das Wirtschaftsjahr 2022
Vorlage: 0751/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Wagner als Vorsitzender des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung**
 - 6.2 Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb“**

für das Wirtschaftsjahr 2022

Vorlage: 0750/2021

Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Wagner als Vorsitzender des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung

7 Stellenplanvorlage 2022

Vorlage: 0694/2021

Berichterstattung: Herr Bürgermeister Stein als Vorsitzender des Hauptausschusses
Ratsmitglied Herr Orth als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften

8 Einwohnerfragestunde

Vorlage: 0589/2021

9 Hebesatzsatzung der Stadt Bergisch Gladbach ab dem Haushaltsjahr 2022

Vorlage: 0701/2021

Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Orth als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften

10 Priorisierung der von den Fachbereichen und Dezernaten zum Haushalt 2022 angemeldeten größeren neuen Investitionsmaßnahmen und Unterhaltungsmaßnahmen

Vorlage: 0786/2021

Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Orth als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften

11 Haushalt 2022

Vorlage: 0782/2021

Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Orth als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften

12 Haushaltsbegleitbeschluss zum Haushalt 2022

Vorlage: 0785/2021

Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Orth als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften

13 Überplanmäßige Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2020

Vorlage: 0586/2021

Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Wagner als Vorsitzender des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung

14 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2021

Vorlage: 0777/2021

Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Orth als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften

15 Wiedereinlage der Ausschüttungen im Rahmen des Schütt-aus-hol-zurück-Verfahrens

Vorlage: 0583/2021

Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Orth als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften

16 Prüfung des Gesamtabchlusses und des Gesamtlageberichtes der Stadt Bergisch Gladbach zum 31.12.2018 (unter Nutzung der gesetzlichen Erleichterung hinsichtlich der Prüfung des Gesamtabchlusses zum 31.12.2017)

Vorlage: 0768/2021

Berichterstattung: Ratsmitglied Frau Satler als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses

- 17 Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes des Haushaltsjahres 2020 des Kernhaushaltes der Stadt Bergisch Gladbach**
Vorlage: 0766/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Frau Satler als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses
- 18 Übertragung von Ermächtigungen vom Wirtschaftsjahr 2020 in das Wirtschaftsjahr 2021 für den Immobilienbetrieb, den Abfallwirtschaftsbetrieb und das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach**
Vorlage: 0588/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Wagner als Vorsitzender des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung
- 19 Teilbeteiligungsbericht 2020**
Vorlage: 0658/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Orth als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
- 20 Public Corporate Governance Kodex GL (PCGK)**
Vorlage: 0687/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Orth als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
- 21 Wirtschaftsplan 2022 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH**
Vorlage: 0741/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Orth als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
- 22 Verwaltungsausschuss bei der Agentur für Arbeit, Neuberufung der Mitglieder für die 14. Amtszeit ab dem 01.07.2022**
Vorlage: 0760/2021
Berichterstattung: Herr Bürgermeister Stein als Vorsitzender des Hauptausschusses
- 23 Maßnahmebeschluss der Kindertagesstätte mit Kompetenzzentrum Odenthaler Straße**
Vorlage: 0681/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Frau Holz-Schöttler als Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses
Ratsmitglied Herr Orth als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
- 24 Neuausrichtung des bisher sozialräumlich orientierten Förderprogramms "Soziale Arbeit an Schulen" durch das Förderprogramm „Richtlinie über die Förderung von Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen“ zum 01.01.2022**
Vorlage: 0739/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Frau Holz-Schöttler als Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses
Ratsmitglied Herr Orth als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
- 25 Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach für städtische Unterkünfte für Flüchtlinge, Aussiedler, Obdachlose und Nichtsesshafte**
Vorlage: 0655/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Frau Satler als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann
Ratsmitglied Herr Orth als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen

zen, Beteiligungen und Liegenschaften

- 26 V. Nachtragssatzung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)**
Vorlage: 0705/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Wagner als Vorsitzender des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung
- 27 XXIV. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen (Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung)**
Vorlage: 0702/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Wagner als Vorsitzender des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung
- 28 XIV. Nachtragssatzung über die Abwälzung und Erhebung der Abwasserabgabe der Stadt Bergisch Gladbach**
Vorlage: 0698/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Wagner als Vorsitzender des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung
- 29 XVII. Nachtragssatzung der Gebührensatzung zur Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Bergisch Gladbach**
Vorlage: 0707/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Wagner als Vorsitzender des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung
- 30 XIV. Nachtragssatzung zur Abfallsatzung**
Vorlage: 0749/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Wagner als Vorsitzender des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung
- 31 XXIII. Nachtragssatzung zur Abfallgebührensatzung**
Vorlage: 0736/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Wagner als Vorsitzender des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung
- 32 XVI. Nachtragssatzung zur Straßenreinigungs- und -gebührensatzung**
Vorlage: 0737/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Wagner als Vorsitzender des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung
- 33 Satzung zur Aufhebung der Satzung für den Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach**
Vorlage: 0585/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Orth als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
- 34 Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates SEB AöR**
Vorlage: 0784/2021
- 35 Mitgliedschaft der Stadt Bergisch Gladbach im „Verband kommunaler Immobilien- und Gebäudewirtschaftsunternehmen e.V.“ (VKIG)**
Vorlage: 0771/2021
- 36 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
36.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 22.11.2021 (eingegangen am 22.11.2021) zur Umbesetzung in Ausschüssen

- Vorlage: 0780/2021**
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Waldschmidt als Vorsitzender der SPD-Fraktion
- 36.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 23.11.2021 (eingegangen am 23.11.2021) zur Um-
besetzung in Ausschüssen**
Vorlage: 0781/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Dr. Metten als Vorsitzender der CDU-Fraktion
- 36.3 Antrag der AfD-Fraktion vom 30.11.2021 (eingegangen am 30.11.2021) zur Umbeset-
zung in Ausschüssen**
Vorlage: 0792/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Schütz als Vorsitzender der AfD-Fraktion
- 36.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 30.11.2021 (eingegangen am
30.11.2021) zur Umbesetzung in Ausschüssen**
Vorlage: 0791/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Frau Meinhardt als Vorsitzende der Fraktion Bündnis
90/DIE GRÜNEN
- 37 Anträge der Fraktionen**
- 37.1 Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft (FWG) vom 24.07.2021, eingegangen
am 29.07.2021, zur Überprüfung der Prioritäten anstehender Baumaßnahmen im
Abwasserbeseitigungskonzept**
Vorlage: 0499/2021/1
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Wagner als Vorsitzender des Ausschusses für Infra-
struktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung
- 37.2 Antrag der Bürgerpartei GL vom 11.10.2021, eingegangen am 15.10.2021, zur Ge-
nehmigung und Akzeptanz des Muezzin-Rufs in Bergisch Gladbach**
Vorlage: 0710/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Wagner als Vorsitzender des Ausschusses für Infra-
struktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung
- 37.3 Antrag der CDU-Fraktion vom 14.11.2021 (eingegangen am 14.11.2021): „Einrich-
tung eines ‚Zanders-Ausschusses‘“**
Vorlage: 0755/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Dr. Metten als Vorsitzender der CDU-Fraktion
- 38 Anfragen der Ratsmitglieder**
- 38.1 Schriftliche Anfragen**
- 38.1.1 Schriftliche Anfrage der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 08.11.2021 (eingegangen
am 09.11.2021): „Abriss und Neubau Schwimmbad Mohnweg“**
Vorlage: 0758/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Samirae als Vorsitzender der Fraktion BÜRGER-
PARTEI GL
- 38.1.2 Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.11.2021 (eingegangen am
14.11.2021): „Einschätzung der Klimaauswirkungen bei städtischen Projekten und
entsprechenden Anträgen“**
Vorlage: 0756/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Dr. Metten als Vorsitzender der CDU-Fraktion
- 38.1.3 Schriftliche Anfrage des Mitgliedes des Rates Herrn Steinbüchel vom 21.11.2021
(eingegangen am 21.11.2021): „OGS-Erweiterung in Katterbach und Schildgen“**
Vorlage: 0773/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Steinbüchel
- 38.1.4 Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.11.2021 (eingegangen am**

27.11.2021): „Status Einbau der Luftfilter in den Schulen und Corona-Teststrategie an Schulen“

Vorlage: 0790/2021

Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Dr. Metten als Vorsitzender der CDU-Fraktion

38.2 Mündliche Anfragen

N Nicht öffentlicher Teil

- 1 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil**
- 2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am
05.10.2021 - nicht öffentlicher Teil
Vorlage: 0778/2021**
- 3 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4 Bericht aus den städtischen Beteiligungen**
- 5 Bestellung eines Prüfers des Rechnungsprüfungsamtes
Vorlage: 0731/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Frau Satler als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsaus-
schusses
Herr Bürgermeister Stein als Vorsitzender des Hauptausschusses**
- 6 Bestellung des Geschäftsführers der Schulbau Bergisch Gladbach GmbH
Vorlage: 0747/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Orth als Vorsitzender des Ausschusses für Finan-
zen, Beteiligungen und Liegenschaften**
- 7 Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der Entsorgungsdienste Bergisch Glad-
bach GmbH (EGBL)
Vorlage: 0772/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Orth als Vorsitzender des Ausschusses für Finan-
zen, Beteiligungen und Liegenschaften**
- 8 Abschluss von Verwaltungsvereinbarungen mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis
(Amt 60, Straßenbau)
Vorlage: 0560/2021
Berichterstattung: Ratsmitglied Herr Wagner als Vorsitzender des Ausschusses für Infra-
struktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung**
- 9 Anträge der Fraktionen**
- 10 Anfragen der Ratsmitglieder**

gez.
Frank Stein
Bürgermeister

Hinweise für die Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach im Theatersaal Bergischer Löwe in einer epidemischen Lage als Anlage zur Sitzungseinladung

Auf Grund der bestehenden epidemischen Lage ist für die Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach im Theatersaal Bergischer Löwe zu beachten:

Sitzungen finden mit Ausnahme des nicht öffentlichen Sitzungsteils grundsätzlich öffentlich statt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass jeder Besucherin/jedem Besucher Zugang zum Sitzungssaal zu gewährt ist, falls dessen Kapazitätsgrenze erreicht ist.

Alle Stühle und Tische im Parkett sind den Ratsmitgliedern vorbehalten, alle Stühle und Tische auf der Bühne den Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern und die Stühle auf dem Balkon den Besucherinnen und Besuchern. Stühle und Tische für die Presse befinden sich in den Logen links und rechts auf Höhe des Balkons.

Sind alle Besucherinnen- und Besuchersitzplätze besetzt, so ist die Kapazitätsgrenze des Saales für Besucherinnen und Besucher erreicht und diese werden für einen solchen Fall gebeten, den Saal erst dann zu betreten, wenn eine Besucherin oder ein Besucher einen Sitzplatz freimacht und den Saal verlässt. Die Stühle dürfen nur durch den Sitzungsdienst der Verwaltung verschoben oder durch zusätzliche Sitzgelegenheiten ergänzt werden.

Am Eingang werden Hand- und Flächendesinfektionsmittel bereitgehalten.

An Sitzungen kommunaler Gremien dürfen gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 CoronaSchVO nur noch immunisierte oder negativ getestete Personen teilnehmen.

Der erforderliche Nachweis einer Immunisierung oder negativen Testung (gemäß § 2 Absatz 8 Satz 2 CoronaSchVO sind getestete Personen im Sinne dieser Verordnung Personen, die über ein nach der Corona-Test-und-Quarantäneverordnung bescheinigtes negatives Ergebnis eines höchstens 24 Stunden zurückliegenden Antigen-Schnelltests oder eines von einem anerkannten Labor bescheinigten höchstens 48 Stunden zurückliegenden PCR-Tests verfügen; Schülerinnen und Schüler gelten aufgrund ihrer Teilnahme an den verbindlichen Schultestungen als getestete Personen, Kinder bis zum Schuleintritt sind ohne Vornahme eines Coronatests getesteten Personen gleichgestellt.) wird gemäß § 4 Absatz 6 CoronaSchVO beim Zutritt am Saaleingang kontrolliert. Alternativ kann vor Ort ein „beaufsichtigter Selbsttest“ (§ 4 Absatz 10 CoronaSchVO) durchgeführt werden, der im Ergebnis negativ sein muss.

Personen, die diese Zugangsvoraussetzungen nicht erfüllen, sind von der Teilnahme auszuschließen (§ 4 Absatz 6 CoronaSchVO).

Während der gesamten Sitzung gilt an den Sitzplätzen weder Abstandspflicht noch Maskenpflicht. Beim Betreten des Gebäudes bis zum Einnehmen des Sitzplatzes bzw. beim Verlassen des Sitzplatzes bis zum Verlassen des Gebäudes ist eine medizinische Maske zu tragen und sind die geltenden Abstandsregeln zu beachten.

Im Falle einer geheimen Abstimmung wird das Prozedere durch die Sitzungsleitung dargestellt. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass die stimmberechtigten Mitglieder einzeln aufgerufen werden und unter Verwendung eines eigenen Stiftes einzeln ihre Stimmen abgeben und einzeln in die Stimmzettelbox einwerfen müssen, ohne dass sich dabei Warteschlangen bilden.

Anlage zur Tagesordnung für die Ratssitzung am 14.12.2021

(Stand: 30.11.2021)

I. Allgemeines

Der Einladung zur Ratssitzung sind keine Vorlagen beigelegt, die in den Ausschüssen beraten wurden bzw. noch beraten werden. Diese Vorlagen befinden sich in den Händen der Ratsmitglieder. Beratungsergebnisse und Erläuterungen zu diesen Vorlagen finden Sie im weiteren Verlauf dieser Anlage.

Vorlagen, die Themen enthalten, die in erster Lesung im Rat eingebracht werden, z. B. Fraktionsanträge oder Vorlagen, die eine geänderte Sachlage berücksichtigen, sowie sonstige Vorlagen, die keiner vorherigen Beratung in den Ausschüssen bedürfen, z. B. Berichte über die Durchführung der Beschlüsse, sind der Tagesordnung als Anlagen beigelegt.

II. Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
Eine Erläuterung erübrigt sich.
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 05.10.2021 – öffentlicher Teil – ist den Ratsmitgliedern zugegangen.
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 05.10.2021 - öffentlicher Teil**
Vorlage: 0728/2021
Die Vorlage ist beigelegt.
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
Eventuelle Mitteilungen wird Herr Bürgermeister Stein mündlich bekannt geben.
- 5 Verlängerung des Gleichstellungsplans 2017-2021**
Vorlage: 0630/2021
Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 18.11.2021 einstimmig bei Enthaltung der AfD beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der bestehende Gleichstellungsplan 2017–2021 wird bis zum 31.12.2022 verlängert und der neue Gleichstellungsplan, den gesetzlichen Regelungen entsprechend, zum 31.06.2023 beschlossen.

Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Hauptausschusses am 07.12.2021 wird bekannt gegeben.
- 6 Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen**
6.1 Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk“ für das Wirtschaftsjahr 2022
Vorlage: 0751/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 30.11.2021 wird bekannt gegeben.

- 6.2 Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb“ für das Wirtschaftsjahr 2022**
Vorlage: 0750/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 30.11.2021 wird bekannt gegeben.
- 7 Stellenplanvorlage 2022**
Vorlage: 0694/2021
Der Einladung zur Sitzung des Rates ist die Stellungnahme des Personalrates, die dem Ratsbüro am 26.11.2021 übersandt wurde, als ergänzende Anlage 1 zu dieser Vorlage beigelegt. Zudem wurde den Ratsmitgliedern mit der Einladung zur Sitzung des Hauptausschusses die Vorlage Nr. 0632/2021 „Darstellung der personellen Situation im Fachbereich Jugend und Soziales und der daraus resultierenden Anforderungen für den Stellenplan 2022/2023; hier: Bereich Soziales“ als Anlage 9 und als Anlage 10 zur Vorlage zweifach übersandt. Der Einladung zur Sitzung des Rates ist daher die Vorlage Nr. 0631/2021 „Darstellung der personellen Situation im Fachbereich Jugend und Soziales und der daraus resultierenden Anforderungen für den Stellenplan 2022; hier: Bereich Jugend“ als Anlage 10 zur Vorlage ergänzend beigelegt.
- Die Beratungsergebnisse aus den Sitzungen des Hauptausschusses am 07.12.2021 sowie des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 09.12.2021 werden bekannt gegeben.
- 8 Einwohnerfragestunde**
Vorlage: 0589/2021
Die Vorlage ist beigelegt.
- 9 Hebesatzsatzung der Stadt Bergisch Gladbach ab dem Haushaltsjahr 2022**
Vorlage: 0701/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 09.12.2021 wird bekannt gegeben.
- 10 Priorisierung der von den Fachbereichen und Dezernaten zum Haushalt 2022 angemeldeten größeren neuen Investitionsmaßnahmen und Unterhaltungsmaßnahmen**
Vorlage: 0786/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 09.12.2021 wird bekannt gegeben.
- 11 Haushalt 2022**
Vorlage: 0782/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 09.12.2021 wird bekannt gegeben.
- 12 Haushaltsbegleitbeschluss zum Haushalt 2022**
Vorlage: 0785/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 09.12.2021 wird bekannt gegeben.
- 13 Überplanmäßige Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2020**
Vorlage: 0586/2021
Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung hat in der Sitzung am 26.10.2021 die Vorlage zur Kenntnis genommen.
- 14 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2021**
Vorlage: 0777/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 09.12.2021 wird bekannt gegeben.

- 15 Wiedereinlage der Ausschüttungen im Rahmen des Schütt-aus-hol-zurück-Verfahrens**
Vorlage: 0583/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 09.12.2021 wird bekannt gegeben.
- 16 Prüfung des Gesamtabchlusses und des Gesamtlageberichtes der Stadt Bergisch Gladbach zum 31.12.2018 (unter Nutzung der gesetzlichen Erleichterung hinsichtlich der Prüfung des Gesamtabchlusses zum 31.12.2017)**
Vorlage: 0768/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 06.12.2021 wird bekannt gegeben.
- 17 Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes des Haushaltsjahres 2020 des Kernhaushaltes der Stadt Bergisch Gladbach**
Vorlage: 0766/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 06.12.2021 wird bekannt gegeben.
- 18 Übertragung von Ermächtigungen vom Wirtschaftsjahr 2020 in das Wirtschaftsjahr 2021 für den Immobilienbetrieb, den Abfallwirtschaftsbetrieb und das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach**
Vorlage: 0588/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 30.11.2021 wird bekannt gegeben.
- 19 Teilbeteiligungsbericht 2020**
Vorlage: 0658/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 09.12.2021 wird bekannt gegeben.
- 20 Public Corporate Governance Kodex GL (PCGK)**
Vorlage: 0687/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 09.12.2021 wird bekannt gegeben.
- 21 Wirtschaftsplan 2022 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH**
Vorlage: 0741/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 09.12.2021 wird bekannt gegeben.
- 22 Verwaltungsausschuss bei der Agentur für Arbeit, Neuberufung der Mitglieder für die 14. Amtszeit ab dem 01.07.2022**
Vorlage: 0760/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Hauptausschusses am 07.12.2021 wird bekannt gegeben.
- 23 Maßnahmebeschluss der Kindertagesstätte mit Kompetenzzentrum Odenthaler Straße**
Vorlage: 0681/2021
Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 25.11.2021 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:
- Die Kindertagesstätte des Trägers „Der Sommerberg Arbeiterwohlfahrt Betriebsgesellschaft mbH“ sowie das Kompetenzzentrum im gleichen Haus erhalten folgende Förderungen:

1. Die Kindertagesstätte erhält einen Zuschuss in Höhe von 207.900 EUR (95%) für die Ausstattung.
2. Die Betriebskosten der Kindertagesstätte werden mit einem jährlichen Zuschuss ab dem Kindergartenjahr 2023/24 in Höhe von ca. 983.182 EUR (99%) gefördert.
3. Die Kindertagesstätte erhält einen jährlichen Mietzuschuss ab 2023/24 in Höhe ca. 79.553 EUR (99%).
4. Das Kompetenzzentrum erhält einen Zuschuss in Höhe von 40.000 EUR (100%) für die Ausstattung.
5. Die Betriebskosten des Kompetenzzentrums werden mit einem jährlichen Zuschuss ab dem Kindergartenjahr 2023/24 in Höhe von ca. 72.340 EUR (100%) gefördert.
6. Das Kompetenzzentrum erhält einen jährlichen Mietzuschuss ab 2023/24 in Höhe ca. 16.157 EUR (100%).

Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 09.12.2021 wird bekannt gegeben.

24 Neuausrichtung des bisher sozialräumlich orientierten Förderprogramms "Soziale Arbeit an Schulen" durch das Förderprogramm „Richtlinie über die Förderung von Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen“ zum 01.01.2022

Vorlage: 0739/2021

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 25.11.2021 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Der für den nächstjährigen Haushalt der Stadt Bergisch Gladbach angemeldete Eigenanteil des Landesförderprogramms „Soziale Arbeit an Schulen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets in NRW“ in Höhe von 201.055,55 Euro soll - vorbehaltlich der Verabschiedung des Haushalts 2022 durch den Rat sowie der darauf folgenden notwendigen Genehmigung durch den Rheinisch-Bergischen Kreis - zur Verfügung gestellt werden, damit eine durch die Umstellung auf ein neues Förderprogramm notwendig gewordene inhaltliche Neuorientierung sowie vertragliche Neugestaltung mit den beteiligten Netzwerkpartnern bis Ende Mai 2022 sichergestellt werden kann.
2. Die Verwaltung wird beauftragt
 - a. zur Sicherstellung der aktuellen Netzwerkstrukturen sowie zur finanziellen Absicherung der Kooperationspartner und der von ihnen für die Netzwerkarbeit angestellten Mitarbeiter bis zum 31.05.2022 eine befristete Vereinbarung abzuschließen,
 - b. auf der Grundlage der Entscheidung über den Förderantrag eine weitere Beschlussvorlage zu erarbeiten.

Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 09.12.2021 wird bekannt gegeben.

25 Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach für städtische Unterkünfte für Flüchtlinge, Aussiedler, Obdachlose und Nichtsesshafte

Vorlage: 0655/2021

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 18.11.2021 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die der Vorlage beiliegende Satzung wird beschlossen.

Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 09.12.2021 wird bekannt gegeben.

26 V. Nachtragssatzung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)

Vorlage: 0705/2021

Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 30.11.2021 wird bekannt gegeben.

- 27 **XXIV. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen (Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung)**
Vorlage: 0702/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 30.11.2021 wird bekannt gegeben.
- 28 **XIV. Nachtragssatzung über die Abwälzung und Erhebung der Abwasserabgabe der Stadt Bergisch Gladbach**
Vorlage: 0698/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 30.11.2021 wird bekannt gegeben.
- 29 **XVII. Nachtragssatzung der Gebührensatzung zur Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Bergisch Gladbach**
Vorlage: 0707/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 30.11.2021 wird bekannt gegeben.
- 30 **XIV. Nachtragssatzung zur Abfallsatzung**
Vorlage: 0749/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 30.11.2021 wird bekannt gegeben.
- 31 **XXIII. Nachtragssatzung zur Abfallgebührensatzung**
Vorlage: 0736/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 30.11.2021 wird bekannt gegeben.
- 32 **XVI. Nachtragssatzung zur Straßenreinigungs- und -gebührensatzung**
Vorlage: 0737/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 30.11.2021 wird bekannt gegeben.
- 33 **Satzung zur Aufhebung der Satzung für den Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach**
Vorlage: 0585/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 09.12.2021 wird bekannt gegeben.
- 34 **Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates SEB AöR**
Vorlage: 0784/2021
Die Vorlage ist beigelegt.
- 35 **Mitgliedschaft der Stadt Bergisch Gladbach im „Verband kommunaler Immobilien- und Gebäudewirtschaftsunternehmen e.V.“ (VKIG)**
Vorlage: 0771/2021
Die Vorlage ist beigelegt.
- 36 **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
36.1 **Antrag der SPD-Fraktion vom 22.11.2021 (eingegangen am 22.11.2021) zur Umbesetzung in Ausschüssen**
Vorlage: 0780/2021
Die Vorlage ist beigelegt.

- 36.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 23.11.2021 (eingegangen am 23.11.2021) zur Umbe-
setzung in Ausschüssen**
Vorlage: 0781/2021
Die Vorlage ist beigefügt.
- 36.3 Antrag der AfD-Fraktion vom 30.11.2021 (eingegangen am 30.11.2021) zur Umbeset-
zung in Ausschüssen**
Vorlage: 0792/2021
Die Vorlage ist beigefügt.
- 36.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 30.11.2021 (eingegangen am
30.11.2021) zur Umbesetzung in Ausschüssen**
Vorlage: 0791/2021
Die Vorlage ist beigefügt.
- 37 Anträge der Fraktionen**
- 37.1 Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft (FWG) vom 24.07.2021, eingegangen
am 29.07.2021, zur Überprüfung der Prioritäten anstehender Baumaßnahmen im Ab-
wasserbeseitigungskonzept**
Vorlage: 0499/2021/1
Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung hat in der Sitzung
am 26.10.2021 einstimmig folgenden Beschluss gefasst:
- Der Antrag wird in die nächste Sitzung vertagt.
- Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt,
Sicherheit und Ordnung am 30.11.2021 wird bekannt gegeben.
- 37.2 Antrag der Bürgerpartei GL vom 11.10.2021, eingegangen am 15.10.2021, zur Ge-
nehmigung und Akzeptanz des Muezzin-Rufs in Bergisch Gladbach**
Vorlage: 0710/2021
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt,
Sicherheit und Ordnung am 30.11.2021 wird bekannt gegeben.
- 37.3 Antrag der CDU-Fraktion vom 14.11.2021 (eingegangen am 14.11.2021): „Einrich-
tung eines ‚Zanders-Ausschusses‘“**
Vorlage: 0755/2021
Die Vorlage ist beigefügt.
- 38 Anfragen der Ratsmitglieder**
- 38.1 Schriftliche Anfragen**
- 38.1.1 Schriftliche Anfrage der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 08.11.2021 (eingegangen
am 09.11.2021): „Abriss und Neubau Schwimmbad Mohnweg“**
Vorlage: 0758/2021
Die Vorlage ist beigefügt.
- 38.1.2 Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.11.2021 (eingegangen am
14.11.2021): „Einschätzung der Klimaauswirkungen bei städtischen Projekten und
entsprechenden Anträgen“**
Vorlage: 0756/2021
Die Vorlage ist beigefügt.
- 38.1.3 Schriftliche Anfrage des Mitgliedes des Rates Herrn Steinbüchel vom 21.11.2021
(eingegangen am 21.11.2021): „OGS-Erweiterung in Katterbach und Schildgen“**
Vorlage: 0773/2021
Die Vorlage ist beigefügt.

38.1.4 Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.11.2021 (eingegangen am 27.11.2021): „Status Einbau der Luftfilter in den Schulen und Corona-Teststrategie an Schulen“

Vorlage: 0790/2021

Die Vorlage ist beigefügt.

38.2 Mündliche Anfragen

Eine Erläuterung erübrigt sich.

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
 Federführender Fachbereich
 Ratsbüro

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0728/2021
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	14.12.2021	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 05.10.2021 - öffentlicher Teil

Inhalt der Mitteilung:

- Ö** **Öffentlicher Teil**
- Zu TOP 1** **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- und
- Zu TOP 2** **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- und
- Zu TOP 3** **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 01.07.2021 - öffentlicher Teil**
0522/2021
- und
- ZU TOP 4** **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- und
- ZU TOP 5** **Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**
- und
- Zu TOP 5.1** **Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung zu § 48 KiBiz für das Kindergartenjahr 2020/21**
0441/2021
- und
- ZU TOP 5.2** **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zum gemeinsamen Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP Fraktion vom 17.08.2021 (eingegangen am 17.08.2021):**
"Raumluftfiltergeräte in städtischen Schulgebäuden"
0546/2021
- und

- Zu TOP 6 Initiierung eines Thinktank "Digitale Papierstadt"**
0538/2021
Eine Berichterstattung erübrigt sich bzw. es wird beschlussgemäß verfahren.
- Zu TOP 7 1. Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2022**
2. Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen für das Wirtschaftsjahr 2022
a) des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach
b) des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach
0558/2021
Die Haushaltsreden vom Bürgermeister Frank Stein sowie vom Stadtkämmerer Thore Eggert sind der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 05.10.2021 beigelegt.
- Zu TOP 8 Nachtragsstellenplan 2021**
0483/2021
Der an die Verwaltung herangetragene Prüfauftrag (externe Dienstleister und Möglichkeit der Inanspruchnahme von Fördertöpfen) wird derzeit durchgeführt. Die Stelle des „Liegenschaftsmanagers Verwaltung“ wird auch mit der Vergütungsgruppe EG 09c ausgeschrieben. Die Stelle befindet sich entsprechend des Beschlusses derzeit in der Ausschreibung. Auch drei weitere Stellen (Architekt*in Planung, Architekt*in Hochbau sowie Planer*in) befinden sich derzeit im Ausschreibungsprozess.
- Zu TOP 9 Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushaltsjahr 2020 in das Haushaltsjahr 2021**
0524/2021
- und
Zu TOP 10 Bildung neuer Produktgruppen
0554/2021
- und
Zu TOP 11 Feststellung des Jahresabschlusses 2020 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“
0549/2021
- und
Zu TOP 12 Jahresabschluss 2020 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH
0507/2021
- und
Zu TOP 13 Jahresabschluss und Lagebericht 2020 GL Service gGmbH
0547/2021
- und
Zu TOP 14 Wirtschaftsplan 2021 der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH
0552/2021
Eine Berichterstattung erübrigt sich bzw. es wird beschlussgemäß verfahren.
- und
Zu TOP 15 Gründungsbeschluss Schulbau-GmbH
0518/2021
- und
Zu TOP 16 Bestellung des Interims-Geschäftsführers der Schulbau Bergisch Gladbach GmbH
0559/2021
Eine Berichterstattung erübrigt sich bzw. es wird beschlussgemäß verfahren.

- Zu TOP 17** **Änderung der Satzung über die kommunale Einrichtung
"Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR" in der Rechtsform
der Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Bergisch Gladbach vom
10.07.2016 in der Fassung der II. Nachtragssatzung
0442/2021**
Die III. Nachtragssatzung zur Satzung über die kommunale Einrichtung
„Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach - AöR“
in der Rechtsform der Anstalt des öffentlichen Rechts
der Stadt Bergisch Gladbach wurde am 13.10.2021 in der Bergischen
Landeszeitung und im Kölner Stadtanzeiger öffentlich bekannt gemacht und ist
am 14.10.2021 in Kraft getreten.
- Zu TOP 18** **Teilfinanzierung der "Anlauf- und Beratungsstelle für alleinreisende und
alleinerziehende Frauen (AnBe)"
0457/2021**
- und
Zu TOP 19 **Förderung der Mehrkosten für den Neubau der Kindertagesstätte
Reiser/Im Mondsröttchen
0456/2021**
- und
Zu TOP 20 **InHK Bensberg | hier: Förderantrag für das nächste Programmjahr
- Beschluss zum Programmjahresantrag 2022
0462/2021**
Es wird beschlussgemäß verfahren.
- ZU TOP 21** **Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG
für straßenbauliche Maßnahmen an der Schwerfelstraße
0516/2021**
Die Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG
für straßenbauliche Maßnahmen an der Schwerfelstraße im Bereich von der
Einmündung in die Ackerstraße bis zur Einmündung der Astenstraße (bis zur
Höhe einer gedachten Verlängerung der Hinterkante des westlichen Gehwegs
der Astenstraße) einschließlich der unselbständigen Stichstraßen zu den
Grundstücken Schwerfelstraße 10 – 14, Schwerfelstraße 16 – 26 und
Schwerfelstraße 28 - 38 wurde am 13.10.2021 in der Bergischen Landeszeitung
und im Kölner Stadtanzeiger öffentlich bekannt gemacht und ist am 14.10.2021
in Kraft getreten.
- Zu TOP 22** **Raumprogramm für den Neubau der Feuerwache 2
0471/2021**
- und
Zu TOP 23 **Projektidee zur Anmietung in der RheinBerg-Passage für
Verwaltungsbereiche und Stadtbücherei
0531/2021**
Es wird beschlussgemäß verfahren.
- Zu TOP 24** **Einwohnerfragestunde
0480/2021**
Eine Berichterstattung erübrigt sich.
- Zu TOP 25** **Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates in die Ausschüsse ASM
und AIUSO
0401/2021**
- und
Zu TOP 26 **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**

und

Zu TOP 26.1 **Antrag der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 20.09.2021 (eingegangen am 21.09.2021) zur Umbesetzung in Ausschüssen**
0561/2021

und

Zu TOP 26.2 **Antrag der SPD-Fraktion vom 29.09.2021 (eingegangen am 29.09.2021) zur Nachfolgebesetzung im Jugendhilfeausschuss**
Es wird beschlussgemäß verfahren.

Zu TOP 27 **Anträge der Fraktionen**

Zu TOP 27.1 **Veränderter Beschluss: FDP Antrag zur Prüfung zur Errichtung eines Spielplatzes im Refrather Westen**
0550/2021
Es wird beschlussgemäß verfahren.

Zu TOP 27.2 **Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft (FWG) vom 24.07.2021, eingegangen am 29.07.2021, zur Überprüfung der Prioritäten anstehender Baumaßnahmen im Abwasserbeseitigungskonzept**
0499/2021
Der Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft (FWG) vom 24.07.2021, eingegangen am 29.07.2021, zur Überprüfung der Prioritäten anstehender Baumaßnahmen im Abwasserbeseitigungskonzept ist Bestandteil der Sitzungen des AIUSO am 30.11.2021 und des Rates am 14.12.2021 (Vorlagennr.: 499/2021/1).

Zu TOP 28 **Anfragen der Ratsmitglieder**

und

Zu TOP 28.1 **Schriftliche Anfragen**

und

Zu TOP 28.1.1 **Schriftliche Anfrage der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 19.07.2021 (eingegangen am 20.07.2021): "Teilnahme am Landesförderprogramm progres.nrw"**
0439/2021

und

Zu TOP 28.1.2 **Schriftliche Anfrage der AfD-Fraktion vom 23.09.2021 (eingegangen am 23.09.2021): "Briefwahlen und Direktwahlbüros in Bergisch Gladbach"**
0562/2021

und

Zu TOP 28.1.3 **Schriftliche Anfrage der AfD-Fraktion vom 27.09.2021 (eingegangen am 27.09.2021): "Sprühkreide in Fußgängerzone und Beanspruchung öffentlichen Raums durch sogenannten 'Globalen Klimastreik'"**
0564/2021
Eine Berichterstattung erübrigt sich.

Zu TOP 28.2 **Mündliche Anfragen**

Die Anfrage von Herrn Dr. Nuding zum Thema „Hans-Zanders-Bad“ wurde im nicht öffentlichen Teil der Sitzung des Rates am 05.10.2021 beantwortet. Die Anfrage von Herrn Waldschmidt zum Thema „Begrenzung Einwohnerfragen“ ist Bestandteil der Tagesordnung des Ältestenrates am 29.11.2021.

Personalrat

Stadtverwaltung Bergisch Gladbach

Stadtverwaltung 51439 Bergisch Gladbach

Herrn
Frank Stein
Bürgermeister

Frau
Lisa Sprenger
Kommissarische FBL 1

Stadthaus Konrad-Adenauer-Platz

Tanja Siegert
Zimmer 426
Telefon: 02202/14-2456
Email: T.Siegert@stadt-gl.de

25.11.2021

Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2022

Schreiben der Verwaltung vom 03.11.2021

Sehr geehrter Herr Stein, sehr geehrte Frau Sprenger,

der Personalrat hat sich umfassend mit dem von der Verwaltung vorgelegten Entwurf des Stellenplans 2022 und der Stellungnahme der Fachbereiche beschäftigt und nimmt hierzu im Rahmen seiner Anhörung gem. § 75 Abs. 1 Ziff. 1 LPVG NRW wie folgt Stellung:

I. Stellenveränderungen (Nr. 1-3)

Die Stellenveränderungen ergeben sich aus den durchgeführten Stellenbewertungen bzw. der Anwendung der Entgeltordnung zum TVöD. Der Personalrat wird hieran beteiligt, da die Bewertungen grundsätzlich in der sog. Bewertungskommission ausführlich beraten werden und der Personalrat dort mit zwei Mitgliedern vertreten ist.

Die nunmehr beantragten Stellenveränderungen basieren insgesamt auf den Empfehlungen der Bewertungskommission an den Bürgermeister; sie werden daher vom Personalrat befürwortet und umfassend mitgetragen.

Der Personalrat begrüßt insbesondere die derzeit stattfindenden umfassenden Stellenbewertungen auf allen Ebenen. Dies ermöglicht nicht nur die Erstellung flächendeckender Stellenbeschreibungen, sondern führt zu Bewertungen, die auch im Quervergleich innerhalb der Verwaltung nachvollziehbar sind. Auch durch die Hinzuziehung eines externen Bewerter erfolgen die Bewertungen auf einem hohen fachlichen Niveau und tragen zu einer größtmöglichen Objektivität in diesem Thema bei.

Die vorgeschlagenen ku-Vermerke entsprechen den Bewertungsergebnissen und werden daher vom Personalrat mitgetragen.

II. Neue und wegfallende Stellen (Nr. 4)

Für den Nachtragsstellenplan 2022 schlägt die Verwaltung die Einrichtung von 66 Stellen (davon 20 mit Sperrvermerk) vor. Eine Stelle soll entfallen; dies würde das aktuell bestehende Stellendefizit um 65 Stellen ausgleichen. Unter Berücksichtigung der bereits bestehenden Sperrvermerke beläuft sich deren Zahl für 2022 auf insgesamt 32.

1. Aus Sicht des Personalrates werden hiermit die Bedarfe, die notwendig sind, um die steigende Zahl der geforderten Produkte und Leistungen zu erfüllen, maßvoll und präzise dargestellt.

Der Personalrat stellt sich deshalb vollumfänglich hinter den Stellenplanentwurf der Verwaltung. In ganz besonderer Weise begrüßt der Personalrat die begleitenden Mitteilungsvorlagen an die politischen Gremien, in der alle Fachbereiche in deutlicher und sachbezogener Form zu den Personalanforderungen Stellung nehmen. Hier wird verwaltungsweit sehr umfassend und sachlich die aktuelle Personalsituation dargestellt und auf bestehende und kommende neue Aufgaben hingewiesen. Aus den Ausführungen wird mehr als deutlich, dass diese mit dem derzeitigen Personal nicht zu leisten sind. Besonders wertvoll ist, dass in den Stellungnahmen auch darauf hingewiesen wird, welche Konsequenzen bei Nichtbewilligung der beantragten Stellen erfolgen. Hierdurch wird der Personalbedarf nicht nur für die Fachbereiche untereinander, sondern auch für die Politik transparent und nachvollziehbar.

Für uns als Personalrat wird die Situation ausführlich und präzise beschrieben und ermöglicht so eine sachlich fundierte Diskussion, die Spekulationen keinen Raum lässt. Dies enthebt den Personalrat diesmal der Verantwortung, auf die einzelnen Bedarfe explizit eingehen zu müssen, wie es in der Vergangenheit oft geschehen ist. Hier kommen die Fachbereiche selbst zu Wort und dem ist nichts hinzu zu fügen. Es handelt sich um eine durchweg gelungene neue Form der Darstellung, die in Zukunft beibehalten werden sollte.

2. Das macht den Personalrat aber nicht „arbeitslos“, sondern eröffnet die Möglichkeit, neben den fachlichen Belangen den Blick auf begleitende Faktoren zu richten.

In der Vergangenheit wurde vielfach das Bild der „ausgepressten Zitrone“ als Zustandsbeschreibung für den Personalbestand unserer Verwaltung gewählt und dieses Bild ist immer noch mehr als passend; um nicht zu sagen, einige Bereiche weisen inzwischen nur noch die „Zitronenkerne“ auf.

Die Verwaltung befindet sich derzeit in einem zunehmenden Umbruch: Neben einer Vielzahl zusätzlicher fachlicher Aufgaben durch gesetzliche oder politische Notwendigkeiten wie z.B. das Großprojekt „Zanders“ will und muss sich die Verwaltung von innen heraus komplett modernisieren und umstrukturieren. Themen wie Digitalisierung, Einführung eines Dokumentenmanagementsystems, Umsetzung der E-Government-Strategie, moderne Arbeitswelten, mobiles Arbeiten oder flächendeckendes Homeoffice seien hier nur beispielhaft genannt. Dies trifft die Mitarbeitenden zusätzlich zu den eigentlichen Aufgaben on top zu der ohnehin bereits bestehenden Aufgabenfülle. Und diese Mehrarbeit trifft sie unter denkbar ungeeigneten und schwierigen Umständen. Selbst eine Verwaltung, die personell, räumlich und

technisch bestens ausgestattet wäre, hätte mit der Umsetzung eines solchen Umbruchs ihre Schwierigkeiten. Aber so eine Verwaltung sind wir leider nicht.

Auch wenn in den letzten Jahren immer wieder Stellen zugesetzt wurden, dürfte die Stadt Bergisch Gladbach mit ihrem Personalbestand im interkommunalen Vergleich weiter hinterherhinken. Die von der Gemeindeprüfungsanstalt festgestellten Defizite konnten letztlich durch zusätzliche Stellen nicht ausgeglichen werden, wenn zeitgleich immer wieder neue Aufgaben hinzukommen.

Akuter Fachkräftemangel in vielen Bereichen, eine hohe Fluktuation unter den Mitarbeitenden und der oft beschworene demografische Wandel reißen seit Jahren zusätzliche Löcher in die Personaldecke, begleitet vom Verlust von über Jahrzehnte erworbenem Fachwissen. Ehemals funktionierende und dringend benötigte Arbeitsstrukturen wurden nicht zuletzt durch eine jahrelange einjährige Wiederbesetzungssperre beschädigt oder sind den vorgenannten Faktoren bereits vollständig zum Opfer gefallen.

Begleitend zur beschriebenen personellen Lage kommt die mehr als unzureichende Raumsituation, die sich ebenfalls negativ auf den Arbeitsalltag auswirkt. Die Bürogebäude sind teilweise schon seit langer Zeit in einem völlig desolaten Zustand. Schlimmer noch: Schon für die derzeitige Anzahl der Mitarbeitenden reicht das Raumangebot nicht aus. Im Grunde dürfte man aktuell Neueinstellungen gar nicht mehr realisieren, da schlicht keine Arbeitsplätze im Büro zur Verfügung stehen.

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte sich die Verwaltung vorübergehend etwas Luft verschaffen, da viele Mitarbeitende ihre Arbeit nach Hause verlagert haben. Von einem Homeoffice zu sprechen wäre hier aber doch zu viel gesagt: Denn als Personalrat möchten wir an dieser Stelle noch einmal ganz ausdrücklich darauf hinweisen, dass dies allein deshalb möglich wurde, weil die Kolleginnen und Kollegen die komplette technische und räumliche Ausstattung selbst stellen und bezahlen (!) mussten. Dieser Zustand muss dringend geändert werden! Eine moderne Verwaltung muss ihren Mitarbeitenden die notwendigen Arbeitsmittel zur Verfügung stellen und nicht die Kosten auf sie abwälzen – auch und gerade für mobiles Arbeiten.

Leider verfügten in der Pandemie aber nicht alle Mitarbeitenden über eine gute häusliche Ausstattung und so funktionierte das durch Corona quasi von heute auf morgen umzusetzende Arbeiten von Zuhause in vielen Fällen mehr schlecht als recht. Vorhandene Arbeits- und Kommunikationsstrukturen funktionierten plötzlich nicht mehr und machten das Arbeiten oft umständlich und anstrengend. Viele Mitarbeitende berichten allerdings, dass sie sich trotz allem beim Arbeiten in der eigenen Wohnung immer noch wohler fühlen als in den über Jahre heruntergewirtschafteten und ungepflegten städtischen Liegenschaften.

Neues und motiviertes Personal gewinnt man so jedenfalls nicht. Diejenigen, die der Stadt Bergisch Gladbach trotz allem seit vielen Jahren die Treue halten, stammen meist noch aus einer anderen Generation, haben die Hoffnung auf Besserung aber längst aufgegeben. Derzeit versucht die Verwaltung über die Etablierung einer Arbeitgebermarke eine verbesserte Außendarstellung zu erreichen, auch wenn Realität und Vision leider noch sehr weiter auseinanderfallen.

Und als ob das alles nicht schon genug wäre, hat uns seit fast zwei Jahren eine Pandemie fest im Griff. Es handelt sich hierbei um eine für uns alle bisher völlig unbekannte Situation, die sowohl für den Arbeitsalltag als auch den privaten Bereich physisch und psychisch sehr

belastend ist. Da entsteht schon manchmal das Gefühl, dass die Zitrone nicht nur ausgepresst, sondern der Zitronensaft bereits vertrocknet ist.

Als Personalrat der Mitarbeitenden appellieren wir an alle Verantwortlichen, den Istzustand der Verwaltung mit einem realistischen und wertschätzenden Blick auf die Mitarbeitenden zu betrachten. Dort, wo Zukunftsprojekten der Vorrang eingeräumt wird, ist eine echte Kommunikation mit den Mitarbeitenden und Bürgerinnen und Bürgern zwingend notwendig. Klar ist, dass Produkte nur noch eingeschränkt erfolgen oder sogar entfallen, wenn sie in ihrer Wertigkeit geringer als neue Produkte und Aufgaben angesehen werden. Ehrlichkeit und Transparenz sollten die Basis der Kommunikation sein, dann kann auch eine Akzeptanz für neue Inhalte entstehen.

Darüber hinaus muss aber auch die Geschwindigkeit der Neuerungen der tatsächlichen Leistungsfähigkeit dieser Verwaltung angepasst werden. Das oft zitierte „Mitnehmen“ der Mitarbeitenden sollte ehrlich gemeint sein und auch tatsächlich passieren, damit sich die Kolleginnen und Kollegen auch mitgenommen fühlen anstatt mitgenommen auszusehen. Auch interne Kommunikation kann in diesen Zeiten daher einfach nicht groß genug geschrieben werden.

Und dennoch: Die Verwaltung will und muss sich neu aufstellen und moderner werden. Als zukunftsorientierte Arbeitgeberin wird die Stadt anders kaum neue Kolleginnen und Kollegen an sich binden können. Es ist gut, dass die Verwaltung sich auf den Weg gemacht hat. Die Projekte E-Government und Digitalisierung wurden begonnen, es gibt erste Überlegungen zum Modernen Arbeiten und auch an einer Verbesserung der Raumsituation arbeitet die Verwaltung seit Jahren. Trotz aller kritischen Worte erkennen wir das als Personalrat an. Nur muss an dieser Stelle deutlich darauf hingewiesen werden, dass wir auf diesem Weg eine auskömmliche Personalausstattung benötigen, um die zusätzlichen Aufgaben überhaupt stemmen zu können.

3. Um abschließend noch einmal den Bogen zum Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2022 zu schlagen, sei in eigener Sache erwähnt, dass die 4. Freistellung für den Personalrat sich aus der gesetzlichen Umsetzung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG NRW) ergibt. Durch die Steigerung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf mehr als 1500 Personen hat eine weitere Freistellung zu erfolgen, auf die der Personalrat rechtlich auch nicht verzichten darf („sind freizustellen“, vgl. § 42 Abs. 4 LPVG NRW). Das Gesetz stellt hierbei auf die Zahl der zu vertretenden Beschäftigten ab und nicht auf die naturgemäß etwas darunterliegende Zahl der Planstellen.

Und weil stetig die Zahl der Mitarbeitenden steigt und zunehmend Verwaltungsaufgaben zur Erledigung anstehen, müssen auch die Stunden unserer Verwaltungskraft in der Geschäftsstelle erhöht werden. Dies ist unabhängig von den o.g. Freistellungen zu betrachten, vielmehr handelt es sich hierbei um die Kosten für die laufende Geschäftsführung des Personalrates (§ 40 Abs. 3 LPVG NRW).

Auch dies ergibt sich aus den gesetzlichen Vorgaben des LPVG, um den Personalrat handlungsfähig zu machen. Der Beitrag des Personalrates zur Kosteneinsparung besteht darin, dass unsere Verwaltungskraft gleichzeitig als ordentlich gewähltes Personalratsmitglied fungiert und so in Doppelfunktion nicht ausschließlich Kosten zu 100% für den Verwaltungsbereich verursacht.

Der Personalrat wünscht allen Beteiligten ein waches Auge und eine glückliche Hand bei den anstehenden Stellenplanberatungen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'T. Siegert', is placed over a faint, rectangular red stamp.

Tanja Siegert

Personalratsvorsitzende

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
 Federführender Fachbereich
 Jugend und Soziales

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0631/2021
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Jugendhilfeausschuss	25.11.2021	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Darstellung der personellen Situation im Fachbereich Jugend und Soziales und der daraus resultierenden Anforderungen für den Stellenplan 2022; hier: Bereich Jugend

Inhalt der Mitteilung

Der Personalbedarf im Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach steigt seit Jahren stetig an und ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. Die Ursachen des sich erhöhenden Personalbedarfs sind im Wesentlichen der Ausweitung der pflichtigen Aufgaben in qualitativer und quantitativer Hinsicht geschuldet. Die Aufgabenschwerpunkte des Jugendamtes liegen dabei in den Produktgruppen 06.560 – Kinder in Tagesbetreuung – und 06.570 - Hilfen für jungen Menschen und ihre Familien -.

Der Bereich Kinder in Tagesbetreuung wird seit Jahren auf der Basis eines breiten, gesellschaftspolitischen Konsens ausgebaut und auch künftig weiter ausgebaut werden (z.B. Rechtsanspruch OGS). Die Anzahl der Betreuungsplätze steigt stetig und in der Folge der dazugehörige administrative Aufwand von der Fachberatung, über die Abwicklung der Finanzierung bis hin zur Heranziehung der Eltern im Rahmen der Beitragspflicht.

Im Bereich der Hilfen für junge Menschen und ihre Familien führen weiterhin steigende Fallzahlen sowie erhöhte rechtliche Anforderung in die Fallbearbeitung zu erhöhtem Arbeitsaufwand. Insbesondere in den unmittelbar beteiligten Sachgebieten der Bezirkssozialarbeit und der Wirtschaftlichen Jugendhilfe. Eine deutliche Zunahme neuer Aufgaben wird im Rahmen der beschlossenen SGB VIII-Reform und ihres Fokus auf die inklusive Gestaltung der Jugendhilfe erwartet.

1. Aktuelle Personalsituation

Im Stellenplan 2021 werden in der Produktgruppe 06.560 – Kinder in Tagesbetreuung – insgesamt 25,0 Stellen vorgehalten, von denen aktuell 23,0 besetzt sind.

In der Produktgruppe 06.570 – Hilfen für junge Menschen und ihre Familien – werden 2021 insgesamt 84,5 Stellen vorgehalten, von denen aktuell 72,77 Besetzt sind.

Betrachtet werden hier ausschließlich die unmittelbar der jeweiligen Organisationseinheit zugeordneten Stellen ohne Overhead.

Die Personalsituation ist seit Jahren durch eine überdurchschnittliche Fluktuation gekennzeichnet, die eine dem Stellensoll entsprechende Stellenbesetzung bisher nicht ermöglicht hat. Durch diese andauernde Unterdeckung entsteht Überlastung, die auch regelmäßig angezeigt wird, sowie die erhöhte Bereitschaft der Beschäftigten den Arbeitgeber zu wechseln. Hier stehen die öffentlichen Arbeitgeber zudem in Konkurrenz zu den freien Trägern der Jugendhilfe als Arbeitgeber. Im Zusammenspiel führen diese Gründe zu einer hochbelasteten Arbeitssituation in einem äußerst sensiblen Aufgabenfeld.

2. Beantragte Stellen (s. folgende Tabelle)

3. Konsequenzen bei Nichtbewilligung der beantragten Stellen (s. folgende Tabelle)

- Organisationseinheit - Aufgabenbereich - Umfang - Wert	Begründung	Konsequenzen bei Nichtbewilligung
5-51 SB Fachadministration Jugendamtssoftware 0,5 EG 9c / A 10	Beantragt wird die Einrichtung einer 0,5 Stelle für die Neubeschaffung, den Aufbau und die Implementierung einer neuen Fachsoftware mit zukunftsweisenden und arbeitsunterstützenden Modulen für zusätzliche Aufgabenbereiche der Abteilung 5-51. Zudem soll die Administration künftig abteilungsintern erfolgen. Damit hier eine effektive Ausnutzung der Fachsoftware und eine optimale Betreuung der Anwender erfolgen kann, ist die Zusetzung der beantragten 0,5 Stelle notwendig.	Mit der Administration müsste ein externer Dienstleister kostenpflichtig beauftragt werden. Die Einführung der Software könnte nicht mit der erforderlichen Intensität verfolgt werden, was zu zeitlichen Verzögerungen führen würde. Eine nur geringfügig begleitete Einführung der neuen Software gefährdet deren Akzeptanz bei den Usern und damit den Erfolg der Software. Nach der Einführung müssten administrative Aufgaben weiterhin durch einen externen Dienstleister erfolgen, was nicht nur Kostenintensiv ist sondern insbesondere zu erhöhtem Kommunikationsaufwand und zeitliche Verzögerungen führen würde.
5-51 Fachberatung psychische Erkrankungen 1,0 EG 13	Im Bereich der Eingliederungshilfe ist ein stetiger Anstieg von seelisch behinderten jungen Menschen gem. § 35 a SGB VIII zu verzeichnen, der sich durch die pandemischen Dauerbelastungen zusätzlich verschärft hat. Die Mitarbeitenden der Bezirkssozialarbeit und der Eingliederungshilfe werden entsprechend mit multidimensionalen Diagnostiken von Gutachtern konfrontiert. Hier ist es zielführend eine Fachkraft zu verorten, die die Diagnosen interpretieren kann und Gespräche „auf Augenhöhe“ mit den Gutachtern erörtern kann. Zudem ist es auf dieser fachlichen	Diagnostiken zugelassener Gutachter müssten „hingenommen“ werden und könnten nicht fachlich bewertet werden. Daraus resultiert die Gefahr, dass Hilfen nicht passgenau installiert werden und somit zu hohen Folgekosten führen können. Durch die langen Wartezeiten aufgrund des Mangels an niedergelassenen Therapeut*innen kann oftmals eine dringend erforderliche therapeutische Krisenintervention in Akutsituationen nicht erfolgen. Eine Unterstützung durch das JA im Übergang könnte nicht gewährleistet werden, d.h. akut erforderliche Hilfen können nicht angeboten werden. Ein deutlich verzögerter Hilfebeginn,

	Basis zielgenauer möglich, geeignete Hilfeangebote zu ermitteln. Im Falle von Kindern und Jugendlichen, die sich in extremen Akutsituationen befinden, und für die zur Behandlung durch externe Therapeuten lange Wartezeiten bestehen, könnte diese Fachkraft eine fachgerechte Krisenintervention bis zum Übergang zu einem externen Angebot, sicherstellen.	verbunden mit nicht passgenauen Hilfen im Übergang, würde unweigerlich zu höheren Kosten führen. Darüber hinaus würde den Fachkräften des ASD eine fundierte Beratung in Bezug auf psychische Erkrankungen fehlen. Dies würde zu einem deutlich erhöhten Rechercheaufwand und eine potentiell höheren Risiko von Fehleinschätzungen führen. Die psychischen Folgen der Pandemie auf Seiten der Kinder- und Jugendlichen sind enorm. Sie können vorübergehend sein, wenn zeitnah entgegengewirkt wird. Ohne eine entsprechend personelle Ausstattung ist dies nicht zu bearbeiten.
5-51 Bezirkssozialarbeiter*innen 8,0 S 14	Der letzte HzE (Hilfe zur Erziehung) Bericht des Landes NRW aus 2021 belegt, dass seit 2008 bis 2019 ein stetiger Anstieg der Erziehungshilfen zu verzeichnen ist. Die Zahlen für 2020 sind entsprechend nicht darin erfasst. Die Fallzahlen für 2020 zeigen bei 5-51 einen deutlichen Anstieg der Fälle in den Bereichen Kindeswohlgefährdungen, Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen nach § 35 a SGB VIII an. Aufgrund dieser Prognose ist auch weiterhin mit Steigerungen der Fallzahlen in den Teams der Bezirkssozialarbeit zu rechnen; deshalb meldet FB 5 diesen Bedarf vorsorglich an, der regelmäßig mittels einer Personalbedarfsbemessung nachgewiesen wird.	Eine nicht bedarfsgerechte Personalausstattung des ASD führt dazu, dass die gesetzlich verankerte Aufgabe des Wächteramtes nicht im erforderlichen Maße wahrgenommen werden kann. Es besteht die Gefahr, dass Fälle nicht mehr konsequent begleitet werden können. Kostensteigerungen und längere Verweildauern in Hilfsangeboten sind die Folge ebenso wie eine dauerhafte Überlastung der Mitarbeitenden, was wiederum zu Krankheitsausfällen und erhöhter Fluktuation führt. Erhöhte Fluktuation führt wiederum dazu, dass Fälle nicht stringent bearbeitet werden; mit den beschriebenen Folgen. Eine mangelhafte Personalausstattung kann im Ernstfall als Organisationsversagen ausgelegt werden. Die SGB VIII Reform verpflichtet Jugendämter daher zur Anwendung eines Personalbemessungsverfahrens.
5-51 Sachgebietsleitung Bezirkssozialarbeit 1,0 S 17	Die Einrichtung einer 1,0 Stelle für eine neu einzurichtende Sachgebietsleitung ab dem Jahr 2022 ist erforderlich, da die Leitungsspanne im Bereich der Sachgebiete 5-510 bis 5-513 zu hoch ist.	Eine zu große Leitungsspanne führt unweigerlich in die Überlastung der Leitungskräfte und birgt somit die Gefahr langfristiger Krankheitsbedingter Ausfälle und der Fluktuation. In der Folge können Leitungsaufgaben nicht mehr im notwendigen Umfang wahrgenommen werden. Mitarbeitenden fehlt die Unterstützung. Die ordnungsgemäße Aufgabewahrnehmung kann nicht mehr sichergestellt werden. Die Folgen daraus können vielschichtig sein. Von der nicht passgenauen und somit teuren

		Hilfegewährung bis zur Nichtbearbeitung von Einzelfällen. Insbesondere vor dem Hintergrund junger, noch einzuarbeitender Kollegen*innen besteht erhöhter Führungsaufwand. Eine mangelhafte Personalausstattung kann im Ernstfall als Organisationsversagen ausgelegt werden. Die SGB VIII Reform verpflichtet Jugendämter daher zur Anwendung eines Personalbemessungsverfahrens.
5-514 Sachgebietsleitung Besondere Soziale Dienste 0,5 S 17	Aktuell verteilt sich die Sachgebietsleitung auf zwei 0,5 Stellen. Durch vergangene und kommende Personalzusetzungen nimmt die Leitungsspanne zu. Derzeit sind auf 11,5 Stellen 14 Mitarbeitende verortet (zzgl. einer nicht besetzten 1,0 Stelle).	Die fehlende Entlastung der beiden Leitungskräfte würde zu einer Überlastung führen. In den hier verorteten Spezialdiensten Adoptionsvermittlung, Pflegekinderdienst Jugendhilfe im Strafverfahren und Amtsvormundschaft gibt es spezifische Problemlagen, deren intensive fachliche Begleitung im bisherigen personellen Umfang nicht mehr zu leisten ist. Es drohen Ausfall durch Überlastung sowie vermehrte Beschwerden, Widersprüche und Klagen.
5-514 Sozialarbeiter*in Adoptionsvermittlung 0,5 S 12	Durch das am 01.04.2021 in Kraft getretene neue Adoptionshilfegesetz, das als Zielsetzung die Transparenz und die Öffnung der Adoption anstrebt, wird sich ein deutlicher Mehraufwand in der täglichen Aufgabenwahrnehmung für die Fachkräfte ergeben.	Die MA der Adoptionsvermittlungsstelle könnten ihren pflichtigen Aufgaben nicht oder nur unzureichend nachkommen. An einer Adoption beteiligte Menschen könnten ihre Rechte nicht oder nur unzureichend wahrnehmen. In diesem Zusammenhang besteht die akute Gefahr der Überlastung der MA mit den bekannten Folgen Langzeiterkrankung und Fluktuation. Die Stadt würde ihren Verpflichtungen aus der Vereinbarung über die gem. Adoptionsvermittlungsstelle im RBK nicht mehr nachkommen können.
5-514 Sozialarbeiter*in Pflegekinderdienst 0,5 S 12	Seit 2018 arbeitet der Pflegekinderdienst mit Fachpflegefamilien. Dies sind „reguläre“ Pflegefamilien, die sich zu Fachpflegefamilien weiterentwickelt haben. Diese sogenannten Erziehungsstellen werden im Rahmen der Hilfe zur Erziehung von der Bezirkssozialarbeit zur Unterbringung von Kindern i.R. der Hilfe zur Erziehung genutzt. Zudem handelt es sich für das Jugendamt um eine kostengünstigere Hilfeform als	Eine ausbleibende oder nur rudimentäre Begleitung der Fachpflegefamilien birgt die Gefahr, dass diese sich aufgrund der mangelnden Unterstützung aus der Aufgabe zurückziehen. Ein PKD, der seine Pflegefamilien nur wenig unterstützt, wird es auch kaum schaffen, neue Pflegefamilien zu gewinnen. Der weitere Ausbau dieses Netzwerks ist jedoch dringend erforderlich. Die Pflegefamilie ist ein wichtiger und zugleich kostengünstiger Baustein der Angebotsstruktur der

	etwa eine Heimunterbringung. Um hier eine dauerhafte qualitativ hochwertige fachliche und begleitende Beratung dieser Fachpflegefamilien sicherzustellen und damit eine Bindung dieser Stellen zu bewirken sowie auf diese Weise für die Werbung neuer Fachpflegefamilien Sorge zu tragen, ist es unbedingt erforderlich, den Pflegekinderdienst um eine 0,5 Stelle aufzustocken.	Hilfen zur Erziehung und zugleich für viele Kinder die geeignetere Form der Unterbringung. Würde diese Art der Hilfe wegfallen, müssten Kinder in deutlich kostenintensiveren Betreuungsangeboten untergebracht werden.
5-515 Gruppenleitung Beistandschaft 0,5 EG 11 / A 10	Beantragt wird die Einrichtung einer 0,5-Stelle für die Unterstützung der Sachgebietsleitung, deren Entlastung aufgrund der großen Leitungsspanne (derzeit 18 Mitarbeitende – Tendenz steigend – in vier Aufgabenbereichen) dringend geboten ist. Eine Überlastungsanzeige der SGL liegt bereits vor. Die beantragte Leitungsfunktion für den Bereich „Beistandschaften“ würde durch die Wahrnehmung von Leitungsaufgaben zu einer Entlastung der SGL für diesen Aufgabenbereich beitragen und gleichzeitig die Möglichkeit der Ausschreibung eines Interessenbekundungsverfahrens i.V. mit der Verknüpfung an eine bestehende Sachbearbeitung Personalentwicklung betrieben werden. Derzeit sind 5,0 Stellen im Bereich „Beistandschaften“ verortet.	Auch hier hat der Aufgaben- und der personelle Zuwachs der letzten Jahre bereits zur Überlastung des Sachgebietsleiters geführt. Ein Verzicht auf die Unterstützung durch eine Gruppenleitung für einen Teilbereich würde zu einer dauerhaften Überlastung mit den bekannten Folgen für die Leitungskraft und die Mitarbeitenden führen.
5-515 SB Wirtschaftliche Jugendhilfe 1,0 EG 9c / A 10	Die WJH ist der verwaltungstechnische Gegenpol für die Arbeit der Bezirkssozialarbeit. Die Aufgaben umfassen bspw. die Zuständigkeitsklärung mit anderen Jugendämtern, die damit verbundenen Fallübergaben sowie die Heranziehung von Kostenbeitragspflichtigen. Gleichzeitig gewährleistet die WJH die rechtliche Unterstützung der BSA durch ihre Beratungsleistungen. Durch die stetigen Fallsteigerungen in der BSA und die dortigen personellen Zusetzungen sowie die Schnittstelle zum Pflegekinderdienst bei 5-514 ergibt sich- ohne Berücksichtigung des Pflegekinderdienstes- ein Verhältnis von 40 Stellen BSA zu 6,0 Stellen bei der WJH.	Neben einer Überlastung der Mitarbeitenden aufgrund stetig steigender Fallzahlen, können Zuständigkeitsprüfungen nicht mehr in der erforderlichen Sorgfalt und Kurzfristigkeit vorgenommen werden. Konsequenz wären möglicherweise unzuständige Fallführungen durch die BSA, verspätete Fallabgaben an andere Jugendämter oder höhere Kostenerstattungsleistungen aufgrund verspäteter Fallübernahmen. Auch die Heranziehung Kostenbeitragspflichtiger könnte nicht mehr konsequent und sorgfältig betrieben werden. Vermehrte Widersprüche und Klagen wären die Folge. Einnahmehausfälle durch Verjährung und Verwirkung drohen.

	Dies begründet ein aufwändigeres Zusammenarbeiten aufgrund der noch weiter differenzierten Zuständigkeiten und der hohen Mitarbeiterfluktuation bei der BSA.	
5-550 Sachgebietsleitung Fachberatung 1,0 S 17	Bislang wird die Leitung der Fachberatungen unmittelbar durch die Abteilungsleitung wahrgenommen, was jedoch aufgrund der Leitungsspanne nicht mehr möglich ist. Allein in diesem Sachgebiet sind allein 12 Stellen (davon derzeit 1,5 Stellen NN) verortet. Die Koordination und Organisation des Sachgebiets, dass sich durch eine enorme Aufgabenvielfalt hinsichtlich der Bereitstellung der rechtlich normierten Betreuungsansprüche auszeichnet, bedarf der Steuerung durch eine eigene Leitungskraft.	Die Leitung des Sachgebiets müsste weiterhin durch die Abteilungsleitung wahrgenommen werden. Hier droht nicht nur Überlastung der AL. Aufgrund der Vielzahl der im Sachgebiet wahrzunehmenden Aufgaben (Jugendhilfeplanung und Fachberatung für Kindertagesstätten einschl. der Familienzentren, Kindertagespflege, Offene Ganztagsgrundschulen, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Familienbildungsstätten, Spielplätze sowie die Frühen Hilfen), könnte Leitung nicht im erforderlichen Umfang wahrgenommen werden, was sich auch auf die weiteren Sachgebiete der Abteilung negativ auswirken würde. Es bestünde die Gefahr, dass die Aufgaben der Fachberatungen in qualitativer und quantitativer Hinsicht nicht mehr im erforderlichen Maß erbracht würden und in der Folge rechtliche Ansprüche auf Betreuungsangebote nicht erfüllt werden könnten. Dies würde in letzter Konsequenz zu vermehrten Beschwerden, Klagen und Schadensersatzansprüchen führen. Dem Anspruch, die Angebote der Kinder-, Jugend- und Familienförderung einschließlich des Rechtsanspruchs bei den Kindertagesbetreuungsangeboten qualitativ gut aufrecht zu erhalten, läuft es entgegen, wenn Leitungskräfte sich vorrangig auf die Erledigung anfallenden Vorgänge konzentrieren würden. Die erforderliche Beobachtung gesellschaftspolitischer Anforderungen und die daraus notwendige Analyse und strategische Weiterentwicklung von einzelnen fachlichen Konzepten sowie der gesamten Abteilung abzuleiten, ist zurzeit schon nicht mehr möglich aber notwendig.
5-552 SB Elternbeiträge 2,0 EG 08 / A 8	Die beantragte Zusetzung der 2,0 Stellen liegt darin begründet, dass ab dem 01.08.2021 ein Fallzahlwachstum von 1.240 auf	Der aufgrund des Ausbaus der Tagesbetreuungsangebote i.V.m. personeller Fluktuation entstandene Bearbeitungsstau

	1.328 bei den laufenden Fällen je Vollzeitstelle festzustellen ist. Dies ist die Folge des stetig weiteren notwendigen Ausbaus des Betreuungsangebotes. Im Ergebnis sind ab dem 01.08.2021 im SG Elternbeiträge 7.970 laufende Fälle durch sechs 1,0 Stellen zu bearbeiten. Damit ist der Richtwert von 1.214 Fällen/Vollzeitstelle bereits überschritten. Hinzu kommen künftig insgesamt weitere 500 Fälle ab dem 01.08.22 und 01.08.2023. Zusätzlich werden pro Vollzeitstelle noch ca. 500 Austrittsfälle bearbeitet. Diese Aufgabe musste aufgrund des Personalengpasses bislang nachrangig bearbeitet werden, was im ungünstigsten Fall zur Verjährung der Forderungen führte.	würde sich weiter verschärfen. Beitragspflichtige könnten nicht zeitnah herangezogen werden. Verwirkung und Verjährung der Forderungen drohen. Es besteht die Gefahr fehlerhafter Sachbearbeitung mit der Konsequenz vermehrter Beschwerden, Widersprüche und Klagen.
--	--	--

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
 Federführender Fachbereich
 Ratsbüro

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0480/2021
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	14.12.2021	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Einwohnerfragestunde

Inhalt der Mitteilung

Nach § 21 der Geschäftsordnung ist in die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 14.12.2021 eine Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner aufzunehmen.

Das Verfahren der Fragestunde regelt § 21 der Geschäftsordnung. Danach ist jede Einwohnerin/ jeder Einwohner der Stadt berechtigt, nach Aufruf des Tagesordnungspunkts mündliche Anfragen an den Bürgermeister zu richten. Die Fragen sind zwei Arbeitstage vor der Ratssitzung schriftlich dem Bürgermeister zuzuleiten. Jede Fragestellerin/ jeder Fragesteller ist berechtigt, zwei Zusatzfragen zu stellen. Die Beantwortung der Anfrage erfolgt im Regelfall mündlich durch die Bürgermeisterin/den Bürgermeister. Ist eine sofortige Beantwortung nicht möglich, so kann die Fragestellerin/der Fragesteller auf eine schriftliche Beantwortung verwiesen werden. Eine Aussprache findet nicht statt.

Die Einwohnerfragestunde ist **zwischen 18:00 Uhr und 19:00 Uhr** durchzuführen. Sofern der Tagesordnungspunkt nicht „zeitgemäß“ liegt, wird eine Änderung in der Reihenfolge der Tagesordnung vorgeschlagen, damit die Fragestunde möglichst um 18:00 Uhr beginnen kann. Sie endet vorzeitig, wenn der vorgesehene Zeitraum nicht durch die Behandlung der Fragen ausgefüllt wird.

Der Rat bzw. der Hauptausschuss werteten in einigen vergangenen Sitzungen die jeweilige Entwicklung der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite als einen derartigen Ausnahmefall, dass sie jeweils beschlossen, in der Sitzung auf die mündliche Beantwortung zum Schutz aller Anwesenden durch eine kürzere Sitzungszeit zu verzichten.

Die Beantwortung erfolgte dann schriftlich mit der Niederschrift.

Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach - AöR

Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0784/2021
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	14.12.2021	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates

Beschlussvorschlag:

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates des Stadtentwicklungsbetriebs AöR wird Herr Ragnar Migenda gem. § 6 der Satzung über die kommunale Einrichtung „Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach - AöR“ bestimmt.

Sachdarstellung/Begründung:

Der Verwaltungsrat des SEB AöR hat am 24.08.2021 und der Hauptausschuss am 28.09.2021 dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach empfohlen, die Satzung des SEB u.a. in § 6 dahingehend zu ändern, dass der Stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrats ein vom Bürgermeister benannter Bediensteter der Stadt Bergisch Gladbach sein soll. Hierzu gab es bisher keine Regelungen. Der Rat ist daraufhin in seiner Sitzung am 05.10.2021 dieser Empfehlung gefolgt.

Der Bürgermeister schlägt nunmehr vor, Herrn Ragnar Migenda - VVIII, zu seinem Stellvertreter im Verwaltungsrat zu benennen.

Gemäß § 113 Abs. 1 i.V.m. § 114 a Abs. 8 GO NRW wählt der Rat die Vertreter der Stadt in den Gremien von Unternehmungen und Einrichtungen.

Auf eine Vorberatung in den Ausschüssen wurde verzichtet.

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
 Federführender Fachbereich
 Immobilienbetrieb

Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0771/2021
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	14.12.2021	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Mitgliedschaft der Stadt Bergisch Gladbach im "Verband kommunaler Immobilien- und Gebäudewirtschaftsunternehmen e.V." (VKIG)

Beschlussvorschlag:

Die Begründung einer Mitgliedschaft im „Verband kommunaler Immobilien- und Gebäudewirtschaftsunternehmen e.V.“ (VKIG) ab dem 01.01.2022 wird vorbehaltlich der Einstellung des hierfür zu entrichtenden Mitgliedschaftsbeitrages in Höhe von ca. 800,00 EUR p.a. ab 2022 in den städtischen Haushalt beschlossen.

Sachdarstellung/ Begründung:

Der „Verband kommunaler Immobilien- und Gebäudewirtschaftsunternehmen e.V.“ wurde 2008 gegründet und verfolgt neben der spezialisierten Interessensvertretung der Belange der kommunalen Gebäudewirtschaften in Deutschland gegenüber der Bundes- und Landespolitik die Ziele, Mitglieder in konzeptionellen und fachspezifischen Fragen zu beraten sowie den fachlichen Austausch auf den Führungsebenen zu verstetigen.

Im Jahr 2018 hat der VKIG die Geschäftsführung der Fachkommission „Bau und Betrieb kommunaler Immobilien“ des Deutschen Städtetages übernommen und kann nunmehr seine Anliegen über die größte und einflussreichste Interessenvertretung der Kommunen in Deutschland in die Diskussion bringen.

Überdies arbeiten im Netzwerk des VKIG noch die Fachgruppe „Baustandards“ und der „Arbeitskreis Gebäudewirtschaften NRW“ sowie die mit dem Deutschen Städtetag gemeinsam betriebene „Fachgruppe Asbest/ Schadstoffe“.

Der VKIG hat derzeit 37 Mitglieder, die Kommunen mit insgesamt 7,27 Millionen Einwohnern repräsentieren und von kleinen Ortschaften bis zur Millionenstadt Köln reichen. Sie verantworten den Bau, die Sanierung und den Unterhalt kommunaler Gebäude und Sonderimmobilien.

Eine Mitgliedschaft im VKIG würde nach dessen Informationen aktuell rund 800,00 EUR p.a. kosten, was im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung zu berücksichtigen wäre.

**Absender
SPD-Fraktion**

Drucksachen-Nr.

0780/2021

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
SPD-Fraktion**

**zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 14.12.2021**

Tagesordnungspunkt

**Antrag der SPD-Fraktion vom 22.11.2021 (eingegangen am
22.11.2021) zur Umbesetzung in Ausschüssen**

Inhalt:

Mit Schreiben vom 22.11.2021 (eingegangen am 22.11.2021) beantragt die SPD-Fraktion eine Nachfolgebesetzung im Ausschuss für strategische Stadtentwicklung und Mobilität.

Das Schreiben der SPD-Fraktion ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt. Personenbezogene Daten, zu denen der Verwaltung keine Zustimmungen für eine Veröffentlichung vorliegen, wurden durch die Verwaltung ggf. unkenntlich gemacht.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Umbesetzung in Ausschüssen wird beschlossen.

Kurzzusammenfassung:

Kurzbegründung:

entbehrlich

Risikobewertung:

entbehrlich

Auswirkungsübersicht Klimarelevanz:

keine Klimarelevanz:	positive Klimarelevanz:	negative Klimarelevanz:
X		

Weitere notwendige Erläuterungen:

entbehrlich

Finanzielle Auswirkungen:

	keine Auswirkungen:	Mehrerträge:		Mehraufwendungen:	
		lfd. Jahr	Folgejahre	lfd. Jahr	Folgejahre
konsumtiv:	X				
investiv:	X				
planmäßig:	X				
außerplanmäßig:	X				

Weitere notwendige Erläuterungen:

entbehrlich

Personelle Auswirkungen:

	keine Auswirkungen:	Einsparungen:	Einstellungen:
planmäßig	X		
außerplanmäßig:	X		
kurzfristig:	X		
mittelfristig:	X		
langfristig:	X		

Weitere notwendige Erläuterungen:

entbehrlich

Stellungnahme der Verwaltung:

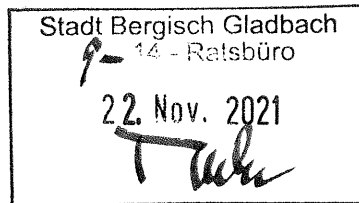
Die SPD-Fraktion beantragt,

den derzeit nicht besetzten Sitz in der Stellvertretungsliste der Fraktion im Ausschuss für strategische Stadtentwicklung und Mobilität

mit Herrn Oliver Herbst als sachkundiger Bürger zu besetzen.

SPD-Fraktion, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Herrn Bürgermeister
Frank Stein
Rathaus Bergisch Gladbach
51465 Bergisch Gladbach



**SPD-Fraktion im Rat der
Stadt Bergisch Gladbach**

Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach
Tel. 02202 - 14 22 20
Fax: 02202 - 14 22 52
spd-fraktion-gl@outlook.de
www. spd-gl.de

22.11.2021

Antrag für die nächste Sitzung des Rates am 13.12.2021

Besetzung in den Ausschüssen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten Sie, den nachstehenden Antrag der SPD-Fraktion auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates zu setzen:

Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität

Bitte Oliver Herbst (Sachkundige Bürgerin) als stellvertretendes Ausschussmitglied eintragen.
Kontaktdaten: Bergisch Gladbach

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Waldschmidt
Vorsitzender

**Absender
CDU-Fraktion**

Drucksachen-Nr.

0781/2021

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
CDU-Fraktion**

**zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 14.12.2021**

Tagesordnungspunkt

**Antrag der CDU-Fraktion vom 23.11.2021 (eingegangen am
23.11.2021) zur Umbesetzung in Ausschüssen**

Inhalt:

Mit Schreiben vom 23.11.2021 (eingegangen am 23.11.2021) beantragt die CDU-Fraktion Nachfolgebesetzungen im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport sowie im Verwaltungsrat SEB AöR.

Das Schreiben der CDU-Fraktion ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt. Personenbezogene Daten, zu denen der Verwaltung keine Zustimmungen für eine Veröffentlichung vorliegen, wurden durch die Verwaltung ggf. unkenntlich gemacht.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien von Mitgliedschaften/Beteiligungen wird beschlossen.

Kurzzusammenfassung:

Kurzbegründung:

entbehrlich

Risikobewertung:

entbehrlich

Auswirkungsübersicht Klimarelevanz:

keine Klimarelevanz:	positive Klimarelevanz:	negative Klimarelevanz:
X		

Weitere notwendige Erläuterungen:

entbehrlich

Finanzielle Auswirkungen:

	keine Auswirkungen:	Mehrerträge:		Mehraufwendungen:	
		lfd. Jahr	Folgejahre	lfd. Jahr	Folgejahre
konsumtiv:	X				
investiv:	X				
planmäßig:	X				
außerplanmäßig:	X				

Weitere notwendige Erläuterungen:

entbehrlich

Personelle Auswirkungen:

	keine Auswirkungen:	Einsparungen:	Einstellungen:
planmäßig	X		
außerplanmäßig:	X		
kurzfristig:	X		
mittelfristig:	X		
langfristig:	X		

Weitere notwendige Erläuterungen:

entbehrlich

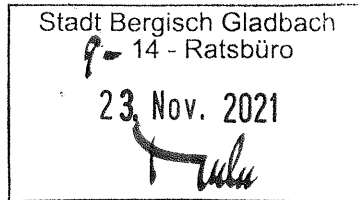
Stellungnahme der Verwaltung:

Die CDU-Fraktion beantragt,

den derzeit nicht besetzten Sitz in der Stellvertretungsliste der Fraktion im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport sowie

die derzeit nicht besetzte persönliche Stellvertretung von Herrn Martin Lucke im Verwaltungsrat SEB AöR

mit Herrn Heinz-Berg Padberg als neuem sachkundigen Bürger zu besetzen.



Ö 36.2

**Christlich
Demokratische
Union**

CDU-Fraktion / Konrad-Adenauer-Platz 1 / 51465 Bergisch Gladbach

Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach

Herrn Frank Stein

c/o FB 9-14 Ratsbüro

Konrad-Adenauer-Platz 1

51465 Bergisch Gladbach

CDU-Fraktion im Rat der
Stadt Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

T 02202 142218
F 02202 142201
fraktion@cdu.gl
www.cdu.gl/fraktion

23. November 2021

Antrag für den öffentlichen Teil der Ratssitzung am 14. Dezember 2021 Bestellung eines Sachkundigen Bürgers

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stein,

wir bitten den Rat folgende Person zum Sachkundigen Bürger zu berufen:

- Herrn Heinz-Bernd Padberg, wohnhaft in Bergisch Gladbach

Die Adressen wurden separat ans Ratsbüro gesendet.

Herr Padberg soll als persönlicher Stellvertreter von Herrn Martin Lucke im Verwaltungsrat des Stadtentwicklungsbetriebs AöR sowie auch auf Position 19 der Vertreter der CDU-Fraktion im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport bestellt werden

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Michael Metten
Fraktionsvorsitzender

Harald Henkel
Stell.-Fraktionsvorsitzender
und Fraktionsgeschäftsführer

CDU

**Absender
AfD-Fraktion**

Drucksachen-Nr.

0792/2021

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
AfD-Fraktion**

**zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 14.12.2021**

Tagesordnungspunkt

**Antrag der AfD-Fraktion vom 30.11.2021 (eingegangen am
30.11.2021) zur Umbesetzung in Ausschüssen**

Inhalt:

Mit Schreiben vom 30.11.2021 (eingegangen am 30.11.2021) beantragt die AfD-Fraktion eine Nachfolgebesetzung im Jugendhilfeausschuss der Stadt Bergisch Gladbach.

Das Schreiben der AfD-Fraktion ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt. Personenbezogene Daten, zu denen der Verwaltung keine Zustimmungen für eine Veröffentlichung vorliegen, wurden durch die Verwaltung ggf. unkenntlich gemacht.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der AfD-Fraktion zur Umbesetzung in Ausschüssen wird beschlossen.

Kurzzusammenfassung:

Kurzbegründung:

entbehrlich

Risikobewertung:

entbehrlich

Auswirkungsübersicht Klimarelevanz:

keine Klimarelevanz:	positive Klimarelevanz:	negative Klimarelevanz:
X		

Weitere notwendige Erläuterungen:

entbehrlich

Finanzielle Auswirkungen:

	keine Auswir- kungen:	Mehrerträge:		Mehraufwendungen:	
		lfd. Jahr	Folgejahre	lfd. Jahr	Folgejahre
konsumtiv:	X				
investiv:	X				
planmäßig:	X				
außerplanmäßig:	X				

Weitere notwendige Erläuterungen:

entbehrlich

Personelle Auswirkungen:

	keine Auswir- kungen:	Einsparungen:	Einstellungen:
planmäßig	X		
außerplanmäßig:	X		
kurzfristig:	X		
mittelfristig:	X		
langfristig:	X		

Weitere notwendige Erläuterungen:

entbehrlich

Stellungnahme der Verwaltung:

Die AfD-Fraktion beantragt,

den Sitz des ordentlichen Mitgliedes der Fraktion im Jugendhilfeausschuss

mit Herrn Frank Cremer als sachkundiger Bürger zu besetzen.

Die für eine solche Nachfolgebesetzung erforderliche schriftliche Rücktrittserklärung des sachkundigen Bürgers Herrn Michael Uthmann liegt der Verwaltung bisher nicht vor.



Ö 36.3



+49 17656968386



info@afd-fraktion.gl



www.afd-fraktion.gl

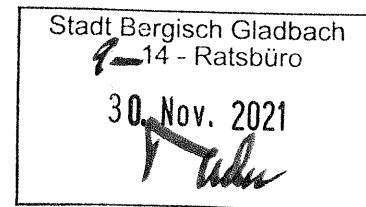


Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

AfD-Fraktion Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 1 · 51465 Bergisch Gladbach

Stadt Bergisch Gladbach
Bürgermeister Frank Stein
Konrad-Adenauer-Platz 1

51465 Bergisch Gladbach



30. November 2021

Umbesetzung in den Ausschüssen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit beantragt die AfD-Fraktion zur Ratssitzung am 14. Dezember 2021 eine Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss:

Frank Cremer ersetzt Michael Uthmann als ordentliches stimmberechtigtes Mitglied.

Günther Schöpf rückt im Jugendhilfeausschuss in die Listenstellvertretung.

Mit freundlichen Grüßen

Fabian Schütz
Fraktionsvorsitzender

i.A. Carlo Clemens
Fraktionsgeschäftsführer

AfD-Fraktion Bergisch
Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

Tel. 017656968386
E-Mail: info@afd-
fraktion.gl
Web: afd-fraktion.gl

VR-Bank eG Bergisch Gladbach-Leverkusen
IBAN: DE57 1234 5678 9012 00
BIC: GENODEM1BB1

Absender
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Drucksachen-Nr.

0791/2021

öffentlich

Antrag

der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 14.12.2021

Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 30.11.2021
(eingegangen am 30.11.2021) zur Umbesetzung in Ausschüssen

Inhalt:

Mit Schreiben vom 30.11.2021 (eingegangen am 30.11.2021) beantragt die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Umbesetzungen in Ausschüssen sowie in Gremien von Mitgliedschaften/Beteiligungen der Stadt Bergisch Gladbach.

Das Schreiben der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt. Personenbezogene Daten, zu denen der Verwaltung keine Zustimmungen für eine Veröffentlichung vorliegen, wurden durch die Verwaltung ggf. unkenntlich gemacht.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien von Mitgliedschaften/Beteiligungen wird beschlossen.

Kurzzusammenfassung:

Kurzbegründung:

entbehrlich

Risikobewertung:

entbehrlich

Auswirkungsübersicht Klimarelevanz:

keine Klimarelevanz:	positive Klimarelevanz:	negative Klimarelevanz:
X		

Weitere notwendige Erläuterungen:

entbehrlich

Finanzielle Auswirkungen:

	keine Auswirkungen:	Mehrerträge:		Mehraufwendungen:	
		lfd. Jahr	Folgejahre	lfd. Jahr	Folgejahre
konsumtiv:	X				
investiv:	X				
planmäßig:	X				
außerplanmäßig:	X				

Weitere notwendige Erläuterungen:

entbehrlich

Personelle Auswirkungen:

	keine Auswirkungen:	Einsparungen:	Einstellungen:
planmäßig	X		
außerplanmäßig:	X		
kurzfristig:	X		
mittelfristig:	X		

langfristig:	X		
---------------------	---	--	--

Weitere notwendige Erläuterungen:

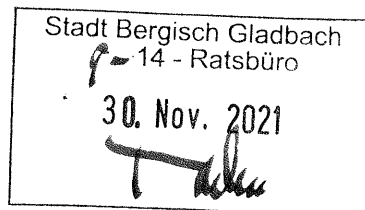
entbehrlich

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine inhaltliche Stellungnahme konnte die Verwaltung auf Grund des Eingangs des Antrages kurz vor Fristablauf nicht erstellen.

Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ·
Konrad-Adenauer-Platz 1 · 51465 Bergisch Gladbach

An den
Bürgermeister Herrn Frank Stein
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach



Ratsfraktion Bergisch Gladbach

Geschäftsstelle
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach
Tel.: +49 (2202) 142242
fraktion@gruene-bergischgladbach.de

Bergisch Gladbach, 30. November 2021

Umbesetzung der Ausschüsse

Sehr geehrter Herr Stein,

wir bitten Sie folgen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates am 14. Dezember 2021 zu setzen.

Der Rat möge beschließen:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bittet den Rat Umbesetzungen für folgende Ausschüsse zuzustimmen.

Hauptausschuss

stimmberechtigte Mitglieder

Bacmeister, Claudia
Meinhardt, Theresia
Eschbach, Collin
Scheerer, Anna Maria
Dr. Bacmeister, Friedrich
Schmidt, Helmut

stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Steinbüchel, Dirk
Rickes, Beate
Dr. Cramer, Josef
Außendorf, Anke
Gajewski-Schneck, Sascha
Kirch, David
Klupp, Martina
Satler, Johanna
Dr. Steinmetzer, Anna
Dr. Symanzik, Tino

Jugendhilfeausschuss

stimmberechtigte Mitglieder

Dr. Symanzik, Tino
Eschbach, Collin
Paduch, Walter (s.B.)

Persönliche stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Wasmuth, Dorothee
Heiß, Dagmar (s.B.)
Bacmeister, Claudia

Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften:

stimmberechtigte Mitglieder

Bacmeister, Claudia
Scheerer, Anna Maria
Eschbach, Collin
Dr. Bacmeister, Friedrich
Tischmacher, Jürgen (s.B.)

stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Gajewski-Schneck, Sascha
N.N.
Außendorf, Anke
Boschen, Thomas
Dr. Cramer, Josef
Dettmar, Rainer (s.B.)
Heiß, Dagmar (s.B.)
Kirch, David
Klupp, Martina
Lobermeier, Jan (s.B.)
Meinhardt, Theresia
Paduch, Walter (s.B.)
Rickes, Beate
Satler, Johanna
Schmit, Helmut
Schmitz, Henning (s.B.)
Schulz-Bergermann, Birgit (s.B.)
Skribbe, Anne (s.B.)
Steinbüchel, Dirk
Dr. Steinmetzer, Anna
Dr. Symanzik, Tino
van Loon, Peter (s.B.)
Watzlawek, Elisabeth (s.B.)

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung

stimmberechtigte Mitglieder

Satler, Johanna
Heiß, Dagmar (s.B.)
Schmidt, Helmut
Dettmar, Rainer (s.B.)
Klupp, Martina

stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Rickes, Beate
Scheerer, Anna Maria
N.N.
Außendorf, Anke
Bacmeister, Claudia
Dr. Bacmeister, Friedrich
Boschen, Thomas
Eschbach, Collin
Dr. Cramer, Josef
Gajewski-Schneck, Sascha
Kirch, David
Lobermeier, Jan (s.B.)
Meinhardt, Theresia
Paduch, Walter (s.B.)
Schmitz, Henning (s.B.)
Schulz-Bergermann, Birgit (s.B.)
Skribbe, Anne (s.B.)
Steinbüchel, Dirk
Dr. Steinmetzer, Anna
Dr. Symanzik, Tino
Tischmacher, Jürgen (s.B.)
van Loon, Peter (s.B.)
Watzlawek, Elisabeth (s.B.)

**Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gemäß
§24 GO NRW****stimmberechtigte Mitglieder**

Steinbüchel, Dirk
Paduch, Walter (s.B.)
Klupp, Martina

stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Außendorf, Anke
Bacmeister, Claudia
Dr. Bacmeister, Friedrich
Boschen, Thomas
Eschbach, Collin
Dr. Cramer, Josef
Dettmar, Rainer (s.B.)
Gajewski-Schneck, Sascha
Heiß, Dagmar (s.B.)
Kirch, David
Lobermeier, Jan (s.B.)
Meinhardt, Theresia
Rickes, Beate
Satler, Johanna
Scheerer, Anna Maria
Schmidt, Helmut
Schmitz, Henning (s.B.)
Schulz-Bergermann, Birgit (s.B.)
Skribbe, Anne (s.B.)
Dr. Steinmetzer, Anna
Dr. Symanzik, Tino
Tischmacher, Jürgen (s.B.)
van Loon, Peter (s.B.)
Watzlawek, Elisabeth (s.B.)

Rechnungsprüfungsausschuss**stimmberechtigte Mitglieder**

Satler, Johanna
Dr. Bacmeister, Friedrich
Tischmacher, Jürgen (s.B.)

stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Scheerer, Anna Maria
N.N.
Bacmeister, Claudia
Außendorf, Anke
Boschen, Thomas
Eschbach, Collin
Dr. Cramer, Josef
Dettmar, Rainer (s.B.)
Gajewski-Schneck, Sascha
Heiß, Dagmar (s.B.)
Kirch, David
Klupp, Martina
Lobermeier, Jan (s.B.)
Meinhardt, Theresia
Paduch, Walter (s.B.)
Rickes, Beate
Schmidt, Helmut
Schmitz, Henning (s.B.)
Schulz-Bergermann, Birgit (s.B.)
Skribbe, Anne (s.B.)
Steinbüchel, Dirk
Dr. Steinmetzer, Anna
Dr. Symanzik, Tino
van Loon, Peter (s.B.)
Watzlawek, Elisabeth (s.B.)

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

stimmberechtigte Mitglieder

Scheerer, Anna Maria
Dr. Symanzik, Tino
Schulz-Bergermann, Birgit (s.B.)
Dettmar, Rainer (s.B.)
Skribbe, Anne (s.B.)

stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Außendorf, Anke
Bacmeister, Claudia
Dr. Bacmeister, Friedrich
Boschen, Thomas
Eschbach, Collin
Dr. Cramer, Josef
Gajewski-Schneck, Sascha
Heiß, Dagmar (s.B.)
Kirch, David
Klupp, Martina
Lobermeier, Jan (s.B.)
Meinhardt, Theresia
Paduch, Walter (s.B.)
Rickes, Beate
Satler, Johanna
Schmidt, Helmut
Schmitz, Henning (s.B.)
Steinbüchel, Dirk
Dr. Steinmetzer, Anna
Tischmacher, Jürgen (s.B.)
van Loon, Peter (s.B.)
Watzlawek, Elisabeth (s.B.)

Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft

stimmberechtigte Mitglieder

Scheerer, Anna Maria
Gajewski-Schneck, Sascha
Eschbach, Collin
Außendorf, Anke
Dettmar, Rainer (s.B.)

stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Bacmeister, Claudia
Dr. Bacmeister, Friedrich
Boschen, Thomas
Dr. Cramer, Josef
Heiß, Dagmar (s.B.)
Kirch, David
Klupp, Martina
Lobermeier, Jan (s.B.)
Meinhardt, Theresia
Paduch, Walter (s.B.)
Rickes, Beate
Satler, Johanna
Schmidt, Helmut
Schmitz, Henning (s.B.)
Schulz-Bergermann, Birgit (s.B.)
Skribbe, Anne (s.B.)
Steinbüchel, Dirk
Dr. Steinmetzer, Anna
Dr. Symanzik, Tino
Tischmacher, Jürgen (s.B.)
van Loon, Peter (s.B.)
Watzlawek, Elisabeth (s.B.) van Loon, Peter (s.B.)
Watzlawek, Elisabeth (s.B.)

Ausschuss für den Stadthausneubau

stimmberechtigte Mitglieder

Dr. Bacmeister, Friedrich
Dr. Cramer, Josef
Skribbe, Anne (s.B.)

stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Außendorf, Anke
Bacmeister, Claudia
Boschen, Thomas
Eschbach, Collin
Dettmar, Rainer (s.B.)
Gajewski-Schneck, Sascha
Heiß, Dagmar (s.B.)
Kirch, David
Klupp, Martina
Lobermeier, Jan (s.B.)
Meinhardt, Theresia
Paduch, Walter (s.B.)
Rickes, Beate
Satler, Johanna
Scheerer, Anna Maria
Schmidt, Helmut
Schmitz, Henning (s.B.)
Schulz-Bergermann, Birgit (s.B.)
Steinbüchel, Dirk
Dr. Steinmetzer, Anna
Dr. Symanzik, Tino
Tischmacher, Jürgen (s.B.)
van Loon, Peter (s.B.)
Watzlawek, Elisabeth (s.B.)

Planungsausschuss

stimmberechtigte Mitglieder

Steinbüchel, Dirk
Rickes, Beate
Gajewski-Schneck, Sascha
Dr. Cramer, Josef
Dr. Steinmetzer, Anna

stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Außendorf, Anke
Bacmeister, Claudia
Dr. Bacmeister, Friedrich
Boschen, Thomas
Eschbach, Collin
Dettmar, Rainer (s.B.)
Heiß, Dagmar (s.B.)
Kirch, David
Klupp, Martina
Lobermeier, Jan (s.B.)
Meinhardt, Theresia
Paduch, Walter (s.B.)
Satler, Johanna
Scheerer, Anna Maria
Schmidt, Helmut
Schmitz, Henning (s.B.)
Schulz-Bergermann, Birgit (s.B.)
Skribbe, Anne (s.B.)
Dr. Symanzik, Tino
Tischmacher, Jürgen (s.B.)
van Loon, Peter (s.B.)
Watzlawek, Elisabeth (s.B.)

Ausschuss für Strategische Stadtentwicklung und Mobilität

stimmberechtigte Mitglieder

Dr. Cramer, Josef
Gajewski-Schneck, Sascha
Schmitz, Henning (s.B.)
Rickes, Beate
Dr. Bacmeister, Friedrich
van Loon, Peter (s.B.)

stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Schmidt, Helmut
Boschen, Thomas
Heiß, Dagmar (s.B.)
Schulz-Bergermann, Birgit (s.B.)
Außendorf, Anke
Bacmeister, Claudia
Eschbach, Collin
Dr. Cramer, Josef
Dettmar, Rainer (s.B.)
Kirch, David
Klupp, Martina
Lobermeier, Jan (s.B.)
Meinhardt, Theresia
Paduch, Walter (s.B.)
Satler, Johanna
Scheerer, Anna Maria
Skribbe, Anne (s.B.)
Steinbüchel, Dirk
Dr. Steinmetzer, Anna
Dr. Symanzik, Tino
Tischmacher, Jürgen (s.B.)
Watzlawek, Elisabeth (s.B.)

Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung

stimmberechtigte Mitglieder

Kirch, David
Rickes, Beate
van Loon, Peter (s.B.)
Lobermeier, Jan (s.B.)
Dr. Steinmetzer, Anna

stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Außendorf, Anke
Bacmeister, Claudia
Dr. Bacmeister, Friedrich
Boschen, Thomas
Eschbach, Collin
Dr. Cramer, Josef
Dettmar, Rainer (s.B.)
Gajewski-Schneck, Sascha
Heiß, Dagmar (s.B.)
Klupp, Martina
Meinhardt, Theresia
Paduch, Walter (s.B.)
Satler, Johanna
Scheerer, Anna Maria
Schmidt, Helmut
Schmitz, Henning (s.B.)
Schulz-Bergermann, Birgit (s.B.)
Skribbe, Anne (s.B.)
Steinbüchel, Dirk
Dr. Symanzik, Tino
Tischmacher, Jürgen (s.B.)
van Loon, Peter (s.B.)
Watzlawek, Elisabeth (s.B.)

Wahlprüfungsausschuss

stimmberechtigte Mitglieder

Scheerer, Anna Maria
Dr. Bacmeister, Friedrich
Satler, Johanna
Steinbüchel, Dirk
Klupp, Martina

stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Außendorf, Anke
Bacmeister, Claudia
Boschen, Thomas
Eschbach, Collin
Dr. Cramer, Josef
Dettmar, Rainer (s.B.)
Gajewski-Schneck, Sascha
Heiß, Dagmar (s.B.)
Kirch, David
Lobermeier, Jan (s.B.)
Meinhardt, Theresia
Paduch, Walter (s.B.)
Rickes, Beate
Schmidt, Helmut
Schmitz, Henning (s.B.)
Schulz-Bergermann, Birgit (s.B.)
Skribbe, Anne (s.B.)
Dr. Steinmetzer, Anna
Dr. Symanzik, Tino
Tischmacher, Jürgen (s.B.)
van Loon, Peter (s.B.)
Watzlawek, Elisabeth (s.B.)

Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach - AÖR

stimmberechtigte Mitglieder

Meinhardt, Theresia
Bacmeister, Claudia
Dr. Bacmeister, Friedrich
Kirch, David
Eschbach, Collin

Persönliche stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Scheerer, Anna Maria
Dr. Steinmetzer, Anna
Rickes, Beate
Steinbüchel, Dirk
N.N.

Begründung:

Durch die Veränderungen der Fraktionsmitglieder ist ein Nachbesetzen der offenen Plätze auf der Liste der Stellvertreter*innen notwendig.

Mit freundlichen Grüßen



Theresia Meinhardt
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Anna Steinmetzer
stellvertretende Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Absender
CDU-Fraktion

Drucksachen-Nr.

0755/2021

öffentlich

Antrag

der Fraktion, der/des Stadtverordneten
CDU-Fraktion

zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 14.12.2021

Tagesordnungspunkt

Antrag der CDU-Fraktion vom 14.11.2021 (eingegangen am 14.11.2021): „Einrichtung eines ‚Zanders-Ausschusses‘“

Inhalt:

Mit Schreiben vom 14.12.2021 (eingegangen am 14.11.2021) beantragt die CDU-Fraktion, der Rat möge beschließen, einen „Zanders-Ausschuss“ einzurichten.

Das Schreiben der CDU-Fraktion ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Beschlussvorschlag:

Alternative:

Der Antrag wird ohne Aussprache zur Beratung an den Hauptausschuss vor einer Entscheidung im Rat überwiesen.

Alternative:

Der Rat verzichtet auf eine Überweisung zur Beratung an den Hauptausschuss und lehnt den Antrag entsprechend seiner Beschlussfassung in der Sitzung des Rates am 01.07.2021 zu einem entsprechenden Antrag ab.

Kurzzusammenfassung:

Kurzbegründung:

entbehrlich

Risikobewertung:

entbehrlich

Auswirkungsübersicht Klimarelevanz:

keine Klimarelevanz:	positive Klimarelevanz:	negative Klimarelevanz:
X		

Weitere notwendige Erläuterungen:

keine

Finanzielle Auswirkungen:

	keine Auswirkungen:	Mehrerträge:		Mehraufwendungen:	
		lfd. Jahr	Folgejahre	lfd. Jahr	Folgejahre
konsumtiv:					
investiv:					
planmäßig:					
außerplanmäßig:					

Weitere notwendige Erläuterungen:

Evtl. finanzielle Auswirkungen würden ggf. im Rahmen einer weiteren inhaltlichen Befassung im Falle einer Überweisung zur Beratung an den zuständigen Fachausschuss dargestellt.

Personelle Auswirkungen:

	keine Auswirkungen:	Einsparungen:	Einstellungen:
planmäßig			
außerplanmäßig:			
kurzfristig:			
mittelfristig:			
langfristig:			

Weitere notwendige Erläuterungen:

Evtl. finanzielle Auswirkungen würden ggf. im Rahmen einer weiteren inhaltlichen Befassung im Falle einer Überweisung zur Beratung an den zuständigen Fachausschuss dargestellt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Gemäß § 1 Absatz 2 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach (ZuO) sind alle Angelegenheiten, über die der Rat Beschluss fassen soll, vorher von den Ausschüssen des Rates zu beraten, soweit sie in deren Zuständigkeit fallen.

Gemäß § 6 Absatz 1 Ziffer 4. ZuO berät der Hauptausschuss Angelegenheiten, die nicht einem anderen Ausschuss zugewiesen sind.

Berührt ein Antrag einer Fraktion die Zuständigkeit eines Fachausschusses, ist er ohne Aussprache an den betreffenden Ausschuss zu überweisen, § 12 Absatz 1 Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach (GeschO).

Demnach wäre der Antrag ohne Aussprache zur Beratung an den Hauptausschuss zu überweisen.

Hierauf könnte alternativ verzichtet und der Antrag abgelehnt werden, da der Rat in der Sitzung am 01.07.2021 bereits den folgenden Beschluss gefasst hat (Auszug aus der Sitzungsniederschrift):

30. Projekt Zanders Innenstadt 0395/2021

(...)

Herr Stein stellt zunächst den Antrag von Herrn Dr. Nuding, **dass die Verwaltung beauftragt werde für den nächsten Sitzungsturnus die Einrichtung eines ordentlichen Ausschusses „Zanders-Gelände“ sowie einen interfraktionellen Arbeitskreis vorzubereiten**, zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmen die CDU-Fraktion, die AfD-Fraktion und die Fraktion Freie Wählergemeinschaft. Gegen den Antrag stimmen die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Fraktion BÜRGERPARTEI GL.

Damit wird dieser Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Sodann stellt Herr Stein den gemeinsamen Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion, die Ziffer 2. des Beschlussvorschlages der Vorlage in der folgenden, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderten Fassung zu beschließen;

Um einen verlässlichen und aktuellen Informationsfluss zwischen Politik und Verwaltung zu gewährleisten, wird ein permanenter interfraktioneller Arbeitskreis „Zanders“ eingerichtet, der durch das dem Bürgermeister zugeordnete Projektbüro Zanders betreut wird.

zur Abstimmung.

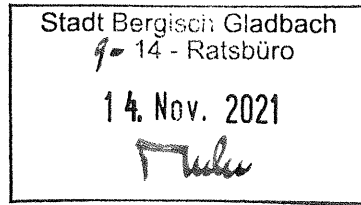
Für den Antrag stimmen die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Fraktion BÜRGERPARTEI GL. Gegen den Antrag stimmen die CDU-Fraktion, die AfD-Fraktion und die Fraktion Freie Wählergemeinschaft.

Damit wird dieser Antrag mehrheitlich **angenommen** und der Rat fasst damit folgenden **Beschluss**:

2. **Um einen verlässlichen und aktuellen Informationsfluss zwischen Politik und Verwaltung zu gewährleisten, wird ein permanenter interfraktioneller Arbeitskreis „Zanders“ eingerichtet, der durch das dem Bürgermeister zugeordnete Projektbüro Zanders betreut wird.**

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

1. **Der Rat nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zum Projekt Zanders Innenstadt zur Kenntnis.**
3. **Der Rat stimmt der Einrichtung einer unbefristeten Ingenieurstelle „Wasserthemen“ (Grundwasser, Regenwasser Zanders), bewertet nach Entgeltgruppe 12 (voraussichtliche Personalkosten 90.400 EUR), zu.**
4. **Die Verwaltung wird beauftragt, Pionier- und Zwischennutzungen sowie impulsgebende Initialprojekte zu unterstützen. Allerdings dürfen Art und Dauer dieser Nutzungen künftige Entwicklungen nicht erschweren. Dem widersprechen insbesondere punktuelle oder großflächigere industrielle oder gewerbliche Nachnutzungen, die die städtebaulichen Entwicklungspotentiale des Geländes einschränken. Derartige Nutzungen sind zu vermeiden.**



CDU-Fraktion / Konrad-Adenauer-Platz 1 / 51465 Bergisch Gladbach

Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach
Herrn Frank Stein
c/o FB1 - Kommunalverfassung, Ratsbüro
Konrad-Adenauer-Platz 1

51465 Bergisch Gladbach

CDU-Fraktion im Rat der
Stadt Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

T 02202 142218
F 02202 142201
fraktion@cdu.gl
www.cdu.gl/fraktion

14. November 2021

Antrag der CDU-Fraktion zur Sitzung des Rates am 14. Dezember 2021
Einrichtung eines „Zanders-Ausschusses“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stein,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung des öffentlichen Teils der nächsten Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach am 14. Dezember 2021.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt den „Zanders-Ausschuss“ zu gründen.

Begründung:

Die Erschließung des städtischen Zanders-Grundstücks mit seinen 35 Hektar stellt sich als eine Mammutaufgabe dar, die sich vermutlich über mehrere Ratsperioden erstrecken wird. Wichtiges Nahziel ist der Erhalt der Zuteilungsberechtigung (A-Stempel) für erhebliche Fördermittel im Rahmen der Regionale 2025, die für die Projekt-Realisierung von großer Bedeutung sind.

Um die angestrebte Vollkonversion mit der gebotenen Gründlichkeit, Sorgfalt und Effektivität gerecht werden zu können, ist es dringend an der Zeit, den Zanders-Fachausschuss zu gründen, so wie ihn der Ältestenrat bereits in seiner Juni-Sitzung dieses Jahres empfohlen hat. Es erweist sich aus unserer Sicht als nicht geeignet, die zunehmenden gewaltigen Aufgaben der Vollkonversion, die auch auf die Politik zukommen, mit einem fraktionsübergreifenden Arbeitskreis in Verbindung mit den Fachausschüssen zu regeln.

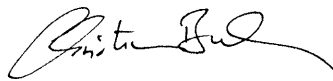
CDU

Nicht zuletzt mit Blick auf die mittel- und langfristige Finanzplanung der Stadt, die sich als prekär abzuzeichnen beginnt, sollte alles darangesetzt werden, mit Umsicht, aber auch zügig die planerische Entwicklung politisch ausgewogen zu begleiten. Schließlich muss es Ziel dieser Stadt sein, in nicht zu ferner Zeit gute Einnahmen aus dem städtischen Areal zu generieren. Dafür bedarf es eines breiten Konsenses innerhalb der Politik, der Offenheit und Fairness im Umgang miteinander bedingt. Deshalb sollte der „Zanders-Ausschuss“ rasch ins Leben gerufen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Michael Metten
Fraktionsvorsitzender



Christian Buchen
Stell.-Fraktionsvorsitzender



Harald Henkel
Stell.-Fraktionsvorsitzender
und Fraktionsgeschäftsführer

Absender
Fraktion BÜRGERPARTEI GL

Drucksachen-Nr.

0758/2021

öffentlich

Anfrage

der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Fraktion BÜRGERPARTEI GL

zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 14.12.2021

Tagesordnungspunkt

**Schriftliche Anfrage der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom
08.11.2021 (eingegangen am 09.11.2021): „Abriss und Neubau
Schwimmbad Mohnweg“**

Inhalt:

Mit Schreiben vom 08.11.2021 (eingegangen am 09.11.2021) bittet die Fraktion BÜRGERPARTEI GL um schriftliche Beantwortung von Fragen zum Thema „Abriss und Neubau Schwimmbad Mohnweg“ zur Sitzung des Rates am 14.12.2021.

Das Schreiben der Fraktion BÜRGERPARTEI GL ist dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung hat die Bäder GmbH um Stellungnahme gebeten und die Bäder GmbH hat die folgende Stellungnahme abgegeben:

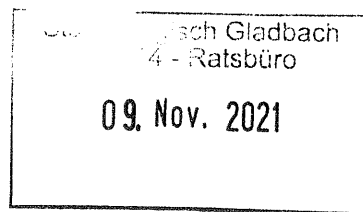
Mit dem Haushaltsbeschluss der Stadt Bergisch Gladbach vom 19.03.2021 erfolgte die Zusage einer Schuldendiensthilfe zugunsten der Bädergesellschaft, um die Finanzierung eines größeren Schul- und Vereinsbades abzusichern. Im Nachgang hierzu wurde die VBD Beratungsgesellschaft für Behörden mbH seitens der Bädergesellschaft zum einen mit der Erstellung einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung beauftragt, um einerseits die wirtschaftlichste Lösung für den Neubau des Sportkomplexes Mohnweg zu ermitteln und andererseits tragfähige Empfehlungen für die Durchführung des notwendigen Vergabeverfahrens zu bekommen. Die Untersuchung kommt beim Vergleich zwischen Gesamtvergabe und konventioneller Realisierung zu dem Ergebnis, dass sich eine Gesamtvergabe als insgesamt wirtschaftlichste Variante darstellt. Die gleichzeitig beauftragte gutachterliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Errichtungsmöglichkeiten bzw. Fertigungsweisen kommt zu dem weiteren Ergebnis, dass sowohl die klassische als auch modulare Bauweise Vor- und Nachteile birgt, welche in einer offenen Ausschreibung gegenübergestellt werden können.

In seiner Sitzung vom 17.11.2021 hat sich der Aufsichtsrat der Bädergesellschaft grundsätzlich für die Realisierung des neuen Hallenbades Mohnweg im Verbund mit dem Sportkomplex Bergisch Gladbach-Refrath in Form einer Gesamtvergabe ausgesprochen. Um dem Aspekt der Kostensicherheit größtmögliche Relevanz zukommen zu lassen, wird ein finaler Maßnahmenbeschluss für das Schwimmbad vorbereitet. Parallel hierzu treibt der Immobilienbetrieb die Planungen für die Einfachturnhalle voran. Insbesondere ist die Integration der schulischen Belange zu berücksichtigen. Ein Maßnahmenbeschluss zur Turnhalle steht ebenfalls noch aus.

Der im Ratsbeschluss vom 10.07.2018 skizzierte Zeitplan sah ursprünglich die Fertigstellung eines 1:1 Ersatzneubaus Mohnweg bei Ausschreibung der Maßnahme in 2019 und zweijähriger Bauzeit für Ende 2022 vor. Der im Nachgang hierzu zusätzlich entstandene politische Beratungsprozess um die Konzeption des Hallenbades bis nach der Kommunalwahl (September 2020) sowie die durch die aktualisierte Kostenschätzung zutage getretene Notwendigkeit einer durch den Rat zu beschließenden Schuldendiensthilfe für die Gesellschaft (März 2021) haben den ursprünglichen Zeitplan in Verzug gebracht. Durch überdies notwendig gewordene Beratungsleistungen zur Fertigungsweise ist selbst der zwischenzeitlich avisierte Baubeginn zu Jahresbeginn 2022 nicht mehr einzuhalten.

Ein aktualisierter Zeitplan sieht nach neuem Kenntnisstand nunmehr einen Baubeginn für Anfang 2024 und die Fertigstellung gegen Ende 2025 vor.

Fraktion
BÜRGERPARTEI GL
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach



Stadt Bergisch Gladbach

08.11.2021
Unser Zeichen: PX-2021-0046

Bürgermeister
Herrn Frank Stein
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

Anfrage zum Terminplan Abriss und Neubau Schwimmbad Mohnweg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stein,

bitte um Auskunft wie die neue Terminplanung zum Abriss- und Neubau des Schwimmbad Mohnwegs ist.

Bitte beantworten Sie die Anfrage zur nächsten Ratssitzung schriftlich.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Samirae".

Frank Samirae
Fraktionsvorsitzender

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Iro W. Herrman".

Iro W. Herrman
Stellv. Fraktionsvorsitzender

**Absender
CDU-Fraktion**

Drucksachen-Nr.

0756/2021

öffentlich

Anfrage

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
CDU-Fraktion**

**zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 14.12.2021**

Tagesordnungspunkt

**Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.11.2021
(eingegangen am 14.11.2021): „Einschätzung der
Klimaauswirkungen bei städtischen Projekten und entsprechenden
Anträgen“**

Inhalt:

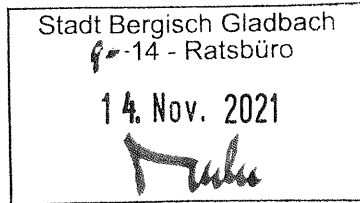
Mit Schreiben vom 14.11.2021 (eingegangen am 14.11.2021) bittet die CDU-Fraktion um schriftliche Beantwortung von Fragen zum Thema „Einschätzung der Klimaauswirkungen bei städtischen Projekten und entsprechenden Anträgen“ zur Sitzung des Rates am 14.12.2021.

Das Schreiben der CDU-Fraktion ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die neuen Vorlageninhalte gehen auf entsprechende Beschlüsse in den zuständigen Gremien des Rates und auf Beschlüsse der Verwaltungsleitung und ihrer Gremien zurück. Sie wurden in der Sitzung des Ältestenrates am 30.08.2021 vorgestellt, zur Kenntnis genommen und die Umsetzung einvernehmlich befürwortet.

Ziel der Verwaltung ist es, im Verwaltungshandeln und auch in der politischen Diskussion das Thema „Klimaschutz“ stärker zu etablieren. Ein konkretes Messen und Bewerten wird in vielen Fällen nicht möglich sein und wäre derzeit auch personell nicht zu leisten. Insofern stellt die Darstellung einen ersten Handlungsschritt und einen Kompromiss dar. Die Verwaltung wird sich auch mit der Frage befassen, ob es ein geeignetes digitales Tool gibt, mit dem demnächst zumindest in einem Großteil der Fälle eine erste rechnerische Bewertung vorgenommen werden könnte.



CDU-Fraktion / Konrad-Adenauer-Platz 1 / 51465 Bergisch Gladbach

Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach

Herrn Frank Stein

c/o FB 9-14 Ratsbüro

Konrad-Adenauer-Platz 1

51465 Bergisch Gladbach

CDU-Fraktion im Rat der
Stadt Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

T 02202 142218
F 02202 142201
fraktion@cdu.gl
www.cdu.gl/fraktion

14. November 2021

**Öffentliche Anfrage zur Sitzung des Rates am 14. Dezember 2021:
Einschätzung der Klimaauswirkungen bei städtischen Projekten und entsprechenden Anträgen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stein,

bei den Anträgen und Beschlüssen der Verwaltungsunterlagen für die Ausschüsse und den Rat bewertet die Stadtverwaltung die Klimaauswirkungen und -konsequenzen der jeweiligen Projekte und Aktivitäten. Das Ergebnis (im weitesten Sinne positiv, neutral, negativ) steht fettgedruckt am Ende der Vorlagen.

Wie bereits bei der letzten Sitzung des Ausschusses für strategische Stadtentwicklung und Mobilität mündlich angefragt, bitten wir den „Rechenweg“ schriftlich darzustellen, wie die Stadtverwaltung zu diesen Ergebnissen kommt.

Gerade die außer Frage stehende Notwendigkeit, die wirklichen Auswirkungen zu kennen, macht einen transparenten, vollständigen und nachvollziehbaren Rechenweg so wichtig, um die richtigen Entscheidungen fällen und die Bürgerinnen und Bürger zutreffend informieren zu können. Gleichzeitig zeigen die jüngsten wissenschaftlichen Diskussionen über Lebenszyklusanalysen, wie komplex diese Einschätzungen sind.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Michael Metten
Fraktionsvorsitzender

Harald Henkel
Stell.-Fraktionsvorsitzender
und Fraktionsgeschäftsführer

Dr. Oliver Schillings
Sachkundiger Bürger
im ASM

CDU

Absender
Herr Steinbüchel

Drucksachen-Nr.

0773/2021

öffentlich

Anfrage

der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Herr Steinbüchel

zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 14.12.2021

Tagesordnungspunkt

Schriftliche Anfrage des Mitgliedes des Rates Herrn Steinbüchel vom 21.11.2021 (eingegangen am 21.11.2021): "OGS-Erweiterung in Katterbach und Schildgen"

Inhalt:

Mit E-Mail vom 21.11.2021 (eingegangen am 21.11.2021) bittet das Mitglied des Rates Herr Steinbüchel um schriftliche Beantwortung von Fragen zum Thema „OGS-Erweiterung in Katterbach und Schildgen“ zur Sitzung des Rates am 14.12.2021.

Die E-Mail Herrn Steinbüchels ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Frage/Aussage:

Am Standort der OGS Katterbach wurde inzwischen die Containererweiterung auf dem alten Sportplatz aufgebaut. Aktuell ruhen die Arbeiten. Stand heute, konnte dem Kindertagesstätten Dreckspatz e. V. (Träger), kein Zeitpunkt genannt werden, ab wann die Containererweiterung genutzt werden kann. Die lange Warteliste zeigt die Dringlichkeit einer zügigen Inbetriebnahme der zusätzlichen OGS Plätze. Hierfür ist u. a. die Einstellung von zusätzlichem Personal erforderlich, aber ab wann?

Antwort/Stellungnahme der Verwaltung:

Die Fundamente sind komplett betoniert, ab dem 24.11.2021 werden die Fundamente ausgeschalt und das angrenzende Gelände wird einplaniert. Die Gräben für die Entwässerungsleitungen werden gezogen und die restlichen Container (vom Standort GGS Bensberg) werden in der 49. KW angeliefert. Die komplette Anlage wird montiert und der Innenausbau beginnt. Am 01.12.2021, 15.00 Uhr findet mit allen beteiligten Firmen und Fachplanern ein Ortstermin zur weiteren Abstimmung statt. Leider können wir immer noch keinen konkreten Fertigstellungstermin für die Maßnahme nennen, da sich die personelle Situation im Hochbau noch nicht geändert hat. Wie im Ortstermin mit Herrn Stein und der Schulleiterin Frau Bahr-Müller am 08.10.2021 besprochen, wird die Maßnahme von FB 8-65 dennoch weiter vorangetrieben. verfahren wir weiterhin nach dem Motto: Ein verbindlicher Bezugstermin kann erst im weiteren Prozess verbindlich festgelegt werden.

Frage/Aussage:

Die Arbeiten an der Erweiterung der Villa Concordia und dem Bau der Kita ruhen ebenfalls. Wann wird es voraussichtlich weiter gehen und für wann ist die Fertigstellung geplant?

Antwort/Stellungnahme der Verwaltung:

Für die Investitionsmaßnahme „Umbaumaßnahmen Kita/OGS Villa Condordia“ (I 82313038) stehen im Haushalt 2022 des Immobilienbetriebes 2.646.000 EUR zur Verfügung. Dieser Ansatz wurde im Wirtschaftsplan 2021 des Immobilienbetriebes veranschlagt. Infolge der Reintegration des Immobilienbetriebes in den städtischen Kernhaushalt zum 01.01.2022 ist keine Mittelübertragung von 2021 nach 2022 möglich, sondern eine Neuveranschlagung der Mittel im Haushalt 2022 erforderlich. Die Ansatzermittlung basiert auf einer überschlägigen Einschätzung. Eine belastbare Kostenschätzung wird erst möglich, wenn weitere Untersuchungen abgeschlossen sind. Der Immobilienbetrieb, Abteilung Hochbau, hatte Anfang 2020 ein externes Architekturbüro damit beauftragt, die Machbarkeit einer Kita und OGATA in der „Druckerei“ zu prüfen. Die räumliche Machbarkeit wurde mit einem Vorentwurf Ende April 2020 bestätigt. Zur weiteren Prüfung wurde das Umweltamt gebeten, die Schadstoffsituation der Immobilie zu untersuchen. Dies ist mit Prüfengeuren geschehen bzw. findet noch statt. Die wirtschaftliche Betrachtung, Sanierung oder Abriss/Neubau steht noch aus. Bei einem Abriss und Neubau ist die baurechtliche Situation (vormals Gewerbe) zu beachten und vorab zu prüfen. Nach Auszug der ehemaligen Druckerei sowie Besitzübergang des Gebäudes auf die Stadt hat die Abteilung Umweltschutz eine Untersuchung der Bausubstanz und eventueller Schadstoffe veranlasst. Dies ist geboten auf Grund des Baujahres des Gebäudes, der gewerblichen Vornutzung, der geplanten Umnutzung als Kita sowie mehrerer Ortsbesichtigungen. Die Ergebnisse der Untersuchungen inkl. einer groben Kosteneinschätzung für die zu veranlassenden Maßnahmen werden der Verwaltung Anfang des neuen Jahres vorliegen. Erst danach, d. h. im ersten Quartal 2022 ist eine weitere Einschätzung zu einem Umbau oder einem eventuellen Abbruch möglich.

Frage/Aussage:

Mit der Erweiterung der Villa Concordia soll auch eine Kita geschaffen werden. Der aktuelle Träger hat seinen Trägervertrag daher gekündigt. Derzeit läuft eine einjährige Vertragsverlängerung bis zum Ende des Betreuungsjahres 2021/2022. Nach hiesigem Kenntnisstand ist

die Ausschreibung für die Suche eines neuen Trägers bislang nicht erfolgt. Dies liegt wohl daran, dass man sich in der Verwaltung bezüglich der rechtlichen Regelungen einer kombinierten Trägersausschreibung (Kita und OGS) nicht sicher ist. Wann ist mit einer Trägersausschreibung zu rechnen? Sind die OGS Plätze auch ab dem Betreuungsjahr 2022/2023 noch sicher? Hier wird darauf verwiesen, dass insbesondere auch das aktuelle Personal der Villa Concordia großes Interesse daran hat, wie es mit ihren Arbeitsplätzen ab dem Betreuungsjahr 2022/2023 weitergeht! Man kann davon ausgehen, dass das Personal bei einem weiteren Schwebezustand ggf. irgendwann selbst beginnen wird, für die Sicherheit der beruflichen Zukunft zu sorgen.

Antwort/Stellungnahme der Verwaltung:

FB 5 strebt eine Vereinbarung mit dem aktuellen Träger über eine Verlängerung der Trägerschaft um zwei bzw. drei Jahre an. Hierfür bringen wir eine Beschlussvorlage in den JHA am 25.11.2021 ein und der Träger entscheidet über diese Vereinbarung in seiner Sitzung des Presbyteriums am 13.12.2021. Aufgrund der Unwägbarkeiten in der Planung und Umsetzung der neuen Kita sowie der Komplexität des kombinierten Vergabeverfahrens möchten wir so schnell Planungssicherheit für die Schulgemeinschaft herstellen.

Von: Dirk Steinbüchel
Gesendet: Sonntag, 21. November 2021 11:17
An: Stadt Bergisch Gladbach
9-14 - Ratsbüro
Stein, Frank; Ruhe, Christian
Cc: 21. Nov. 2021
Betreff: Schriftliche Anfrage zur Stadtratssitzung am 14.12.2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stein, sehr geehrter Herr Ruhe,

bitte nehmen Sie meine nachfolgende schriftliche Anfrage, zum Thema OGS-Erweiterung in Katterbach und Schildgen, mit auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 14.12.2021.

Sowohl bei der OGS Katterbach als auch bei der Villa Concordia, ist ein räumlicher Ausbau und eine Erweiterung der OGS Plätze beschlossen. Ich bitte um Information, zu dem aktuellen Sachstand.

1. Am Standort der OGS Katterbach wurde inzwischen die Containererweiterung auf dem alten Sportplatz aufgebaut. Aktuell ruhen die Arbeiten. Stand heute, konnte dem Kindertagesstätten Dreckspatz e. V. (Träger), kein Zeitpunkt genannt werden, ab wann die Containererweiterung genutzt werden kann. Die lange Warteliste zeigt die Dringlichkeit einer zügigen Inbetriebnahme der zusätzlichen OGS Plätze. Hierfür ist u. a. die Einstellung von zusätzlichem Personal erforderlich, aber ab wann?
2. Die Arbeiten an der Erweiterung der Villa Concordia und dem Bau der Kita ruhen ebenfalls. Wann wird es voraussichtlich weiter gehen und für wann ist die Fertigstellung geplant?
3. Mit der Erweiterung der Villa Concordia soll auch eine Kita geschaffen werden. Der aktuelle Träger hat seinen Trägervertrag daher gekündigt. Derzeit läuft eine einjährige Vertragsverlängerung bis zum Ende des Betreuungsjahres 2021/2022. Nach hiesigem Kenntnisstand ist die Ausschreibung für die Suche eines neuen Trägers bislang nicht erfolgt. Dies liegt wohl daran, dass man sich in der Verwaltung bezüglich der rechtlichen Regelungen einer kombinierten Trägersausschreibung (Kita und OGS) nicht sicher ist. Wann ist mit einer Trägersausschreibung zu rechnen? Sind die OGS Plätze auch ab dem Betreuungsjahr 2022/2023 noch sicher?

Hier wird darauf verwiesen, dass insbesondere auch das aktuelle Personal der Villa Concordia großes Interesse daran hat, wie es mit ihren Arbeitsplätzen ab dem Betreuungsjahr 2022/2023 weitergeht! Man kann davon ausgehen, dass das Personal bei einem weiteren Schwebezustand ggf. irgendwann selbst beginnen wird, für die Sicherheit der beruflichen Zukunft zu sorgen.

Der Beantwortung meiner Fragen sehe ich dankend entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Steinbüchel

Mitglied des Rates der Stadt Bergisch Gladbach

Bündnis 90/Die Grünen

**Absender
CDU-Fraktion**

Drucksachen-Nr.

0790/2021

öffentlich

Anfrage

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
CDU-Fraktion**

**zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 14.12.2021**

Tagesordnungspunkt

**Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.11.2021
(eingegangen am 27.11.2021): „Status Einbau der Luftfilter in den
Schulen und Corona-Teststrategie an Schulen“**

Inhalt:

Mit Schreiben vom 27.11.2021 (eingegangen am 27.11.2021) bittet die CDU-Fraktion um schriftliche Beantwortung von Fragen zum Thema „Status Einbau der Luftfilter in den Schulen und Corona-Teststrategie an den Schulen“ zur Sitzung des Rates am 14.12.2021.

Das Schreiben der CDU-Fraktion ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Frage/Aussage:

Am 20. August 2021 wurde per Dringlichkeitsbeschluss beschlossen, 150 Luftfiltergeräte für die Schulen der Stadt Bergisch Gladbach anzuschaffen. Wir möchten gerne wissen, ob die Geräte mittlerweile zur Verfügung stehen und wo sie eingesetzt werden.

Antwort/Stellungnahme der Verwaltung:

Alle 32 Schulen der Stadt Bergisch Gladbach wurden mit Mail vom 28.09.2021 durch FB 4 angeschrieben. Zu den immer wieder von Seiten der Schulen kommenden Fragen zur Ausstattung mit Luftfiltergeräten wurden hier grundsätzliche Ausführungen gegeben und gleichzeitig eine Abfrage nach den tatsächlich notwendigen Geräten für die einzelnen Schulen durchgeführt. Nach den Rückmeldungen der Schulen ergibt sich ein Bedarf an 144 Raumluftfiltergeräten. In einzelnen Schulen mit hohem Bedarf an Geräten ist durch 8-650 (Hochbau) noch zu prüfen, ob das vorhandene Stromnetz die entsprechende Kapazität zum Betrieb der Raumluftfiltergeräte hat oder ob hier noch Zusatzarbeiten notwendig sind. Die Beschaffung der Raumluftfiltergeräte (in einem ersten Schritt werden 150 Geräte beschafft) erfolgt mittels zwingendem Ausschreibungsverfahren. Die Frist zur Angebotsabgabe ist abgelaufen, es sind 14 Angebote eingegangen. Die Angebote wurden geprüft, müssen zwingend dem Rechnungsprüfungsamt vorgelegt und wenn die Entscheidung steht ist eine zwingende zehntägige vergaberechtliche Wartefrist einzuhalten. Eine Auftragsvergabe kann demnach Anfang/Mitte Dezember erfolgen. Nach erfolgter Lieferung werden die Geräte so schnell wie möglich durch 8-650 in den einzelnen Schulen installiert und die Hausmeister zum Betrieb und zur Wartung der Geräte geschult.

Frage/Aussage:

Ferner würden wir gerne wissen, ob es wegen der aktuellen Corona-Situation geplant ist, umgehend weitere Geräte anzuschaffen, um der sich dramatisch verschärfenden Situation in den Schulen Herr zu werden. Es wäre fatal, wenn die Schulen wieder wegen den rasant steigenden Infektionszahlen über mehrere Wochen geschlossen werden müssten.

Antwort/Stellungnahme der Verwaltung:

Derzeit bestehen keine Planungen zur weiteren Anschaffung von entsprechenden Geräten. Durch Abfrage an den Schulen wurde der Bedarf ermittelt, der mit der Beschaffung der 150 Geräte auch gedeckt werden kann. Aktuell gibt es keine Anfragen von Schulen zum weiteren Einsatz von Luftfiltergeräten. Weiterhin gelten die AHA-L-Regelungen an Schulen. Es muss alle 20 Minuten durch Öffnen der Fenster eine Lüftung der Räume erfolgen. Dies ist Grundvoraussetzung für die Einhaltung der Hygienevorschriften. Der Einsatz von Luftfiltergeräten bietet sich nur in Räumen an, in denen die Lüftung an sich schon problematisch ist und stellt keinen Ersatz für das Lüften der Räume dar.

Frage/Aussage:

Auch bitten wir um Beantwortung der Frage, wie oft in den Schulen real getestet wird und welche Ergebnisse dabei zu verzeichnen sind.

Antwort/Stellungnahme der Verwaltung:

In den Grundschulen werden die sogenannten Lolli-Tests (PCR-Pooltestungen) seit dem 31.05.2021 regelmäßig 2x pro Woche durchgeführt. Dieses Verfahren wird auch nach den Weihnachtsferien in den Grundschulen bis mindestens zu den Osterferien 2022 weitergeführt. In den weiterführenden Schulen werden 3x pro Woche Antigen-Selbsttest im Klassenverband unter Aufsicht durchgeführt. Über Ergebnisse der Testungen bestehen beim Schulträger keine Informationen. Es besteht auch keine Informationspflicht durch die Schulen gegenüber dem Schulträger. Insofern kann über Ergebnisse der Tests nicht berichtet werden.

Frage/Aussage:

Schließlich möchten wir wissen, wie die Verwaltung als Schulträger die Schulen bei der Entwicklung und Umsetzung der Hygienekonzepte unterstützt hat. Dies wird ja parallel zum normalen Unterricht nur schwer alleine machbar sein für die Lehrer/-innen in den Schulen.

Antwort/Stellungnahme der Verwaltung:

Durch die Stadt Bergisch Gladbach erfolgte gegenüber den Schulen eine umfassende Hilfestellung bei der Entwicklung der Hygienekonzepte in den Schulen. Ein Musterhygienekonzept wurde den Schulen zur Verfügung gestellt. Dieses Muster konnte dann auf die individuellen Bedürfnisse der Schulen zugeschnitten werden. Jegliches Material (Desinfektionsmittel, Desinfektionsmittelspender für weiterführende Schulen, Hygienetücher, Aufkleber mit Hinweisen zur Hygiene oder Abstandsregeln etc.) zur Einhaltung der Hygieneregeln wurde durch den Schulträger zur Verfügung gestellt. Die Reinigungsintervalle wurden bei Notwendigkeit erhöht und es erfolgten teilweise zusätzliche Desinfektionsintervalle. Die Beschaffung und Verteilung der FFP-2-Masken für das Lehrpersonal erfolgte durch den Schulträger. Das gesamte Material für die PCR-Pooltestungen und die Antigen-Selbsttest wird derzeit durch das Land NRW den Schulen direkt zur Verfügung gestellt. Die Durchführung der Testungen in Schulen erfordert naturgemäß einen entsprechenden Zeitaufwand. Diesen Zeitaufwand müssen die Schulen leider erbringen. Eine Hilfestellung durch den Schulträger ist hierbei nicht möglich. Mittlerweile haben sich die Abläufe in den Schulen jedoch eingespielt.

CDU-Fraktion / Konrad-Adenauer-Platz 1 / 51465 Bergisch Gladbach

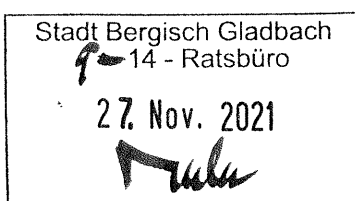
Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach

Herrn Frank Stein

c/o FB 9-14 Ratsbüro

Konrad-Adenauer-Platz 1

51465 Bergisch Gladbach



CDU-Fraktion im Rat der
Stadt Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

T 02202 142218
F 02202 142201
fraktion@cdu.gl
www.cdu.gl/fraktion

Öffentliche Anfrage zur Ratssitzung am 14. Dezember 2021

27. November 2021

Status Einbau der Luftfilter in den Schulen und Corona-Teststrategie an den Schulen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stein,

die CDU-Fraktion bittet um Beantwortung folgender Fragen im öffentlichen Teil der Ratssitzung am 14. Dezember 2021:

Am 20. August 2021 wurde per Dringlichkeitsbeschluss beschlossen, 150 Luftfiltergeräte für die Schulen der Stadt Bergisch Gladbach anzuschaffen. Wir möchten gerne wissen, ob die Geräte mittlerweile zur Verfügung stehen und wo sie eingesetzt werden.

Ferner würden wir gerne wissen, ob es wegen der aktuellen Corona-Situation geplant ist, umgehend weitere Geräte anzuschaffen, um der sich dramatisch verschärfenden Situation in den Schulen Herr zu werden. Es wäre fatal, wenn die Schulen wieder wegen den rasant steigenden Infektionszahlen über mehrere Wochen geschlossen werden müssten.

Auch bitten wir um Beantwortung der Frage, wie oft in den Schulen real getestet wird und welche Ergebnisse dabei zu verzeichnen sind.

Schließlich möchten wir wissen, wie die Verwaltung als Schulträger die Schulen bei der Entwicklung und Umsetzung der Hygienekonzepte unterstützt hat. Dies wird ja parallel zum normalen Unterricht nur schwer alleine machbar sein für die Lehrer/-innen in den Schulen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Michael Metten
Fraktionsvorsitzender

Harald Henkel
Stell.-Fraktionsvorsitzender
und Fraktionsgeschäftsführer

Hermann-Josef Wagner
Ratsmitglied

CDU

